

Sozialismus.de Supplement zu Heft 4/2021

VSA:

EuroMemo Gruppe

EuroMemo 2021



**Eine global-lokale Post-Covid-19-Agenda
für eine sozial-ökologische Transformation
in Europa**

Erscheint mit Unterstützung von



www.transform-network.net

Dieses EuroMemorandum basiert auf Diskussionen und Papieren, die auf dem 26. Workshop zur alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vorgestellt wurden, der von der EuroMemo-Gruppe vom 8. bis 25. September 2020 online organisiert wurde. Die deutsche Übersetzung (Jonas Nitschke) entstand mit Unterstützung von transform! europe.

Inhalt

Zusammenfassung	1
Einleitung	7
1. Die europäische Wirtschaft im Zeitalter der Corona-Pandemie	11
2. Kritische Perspektiven auf den Europäischen Green Deal	19
3. Feministische Ansätze für einen Care und Green New Deal	28
4. Der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft: Industriepolitik, grüner Übergang und das Gesundheitssystem	37
5. Die internationale Dimension der sozio-ökologischen Transformation	43
Liste der Unterzeichner:innen des EuroMemo 2021	52

Eine global-lokale Post-Covid-19-Agenda für eine sozial-ökologische Transformation in Europa

EuroMemorandum 2021

ZUSAMMENFASSUNG

Einleitung

Die Coronavirus-Pandemie hat in Europa im Jahr 2020 zu mehr als 400.000 Todesfällen geführt, eine große Wirtschaftskrise ausgelöst und auf tragische Weise die gravierenden Mängel des vorherrschenden Wirtschaftsmodells des neoliberalen Kapitalismus sowohl in der Europäischen Union als auch darüber hinaus offengelegt. Als Folge der Corona-Pandemie ist der Nationalstaat als wirtschaftlicher Akteur der letzten Instanz zurückgekehrt. Dies hat zu ambivalenten Ergebnissen geführt. Zumindest anfangs verhängten die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission vorübergehende Exportbeschränkungen für medizinische Produkte. Danach kam es zu besser koordinierten Reaktionen. Die Mitgliedstaaten in der gesamten EU führten umfangreiche Konjunkturprogramme ein, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs aufgrund von Covid-19 abzumildern. Die Kommission setzte die extrem restriktiven Fiskal- und Beihilferegeln aus, und die Europäische Zentralbank unternahm umfangreiche Liquiditätsspritzen zur Stabilisierung des Bankensystems. Darüber hinaus führten die deutlich asymmetrischen wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu der Entscheidung, mit dem EU-Programm »Next Generation EU« endlich gemeinsame Formen der europäischen Verschuldung einzuführen. Obwohl dies eine bedeutende Entwicklung ist, bleibt es zweifelhaft, ob der Umfang dieser Initiative und die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung ausreichen werden, um einen signifikanten Beitrag zur Erholung der europäischen Wirtschaft zu leisten.

Unterdessen sind andere wichtige politische Initiativen, insbesondere der European Green Deal (EGD) als Leuchtturmprojekt der neuen Kommission, unter Druck geraten. Es ist nur allzu offensichtlich, dass mächtige Akteure und Interessen die aktuelle Wirtschaftskrise als Vorwand nutzen, um sich ge-

gen eine ehrgeizigere Politik zur Bekämpfung des Klimawandels zu wehren. Es muss klar sein, dass angesichts der Klimaziele der EU die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der nächsten Jahre die Ausrichtung der europäischen Wirtschaft bis zum Ende dieses Jahrzehnts weitgehend bestimmen werden. Sie werden also entscheidend dafür sein, ob wir uns auf den Weg machen, unsere derzeitigen sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumweisen zu ersetzen, oder ob wir einer sich immer weiter verschärfenden sozialen und ökologischen Krisendynamik ausgesetzt sind.

Wie bereits im letztjährigen EuroMemorandum betont, ist die Euromemo-Gruppe der festen Überzeugung, dass ein umfassendes und radikales Programm zur sozial-ökologischen Transformation (SET) erforderlich ist, um den notwendigen Übergang in eine nachhaltige Zukunft zu gewährleisten. In unserem diesjährigen Bericht konzentrieren wir uns auf eine Reihe von Dimensionen, die in der Green-Deal-Diskussion zu oft am Rande geblieben sind, die aber besondere Aufmerksamkeit verdienen.

1. Die europäische Wirtschaft im Zeitalter der Corona-Pandemie

Die internationale Wirtschaftsexpansion, die 2009 begann, war im historischen Vergleich schwach, und bis 2019 verlangsamte sich das Wachstum in den Vereinigten Staaten, China und der Europäischen Union (EU). Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Europa traf im März 2020 zunächst die südlichen Länder, breitete sich aber schnell aus, und nach einem Rückgang in einigen Ländern im Sommer nahmen die Infektionen ab November wieder stark zu. Die wirtschaftlichen Schließungen und Lockdowns führten zu einem sehr starken Rückgang der Produktion im März und April, und nach einer teilweisen Erholung im Sommer bedeuteten neue Lockdowns gegen Ende des Jahres, dass die Jahresproduktion um etwa 8% sinken würde. Obwohl staatliche Programme den Anstieg der Arbeitslosigkeit teilweise abfederten, mussten viele Arbeitnehmer erhebliche Einschnitte beim Nettoeinkommen hinnehmen.

Ab März reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) mit massiven Liquiditätsspritzen. Dies verhinderte einen Zusammenbruch des Bankensystems, führte aber auch zu einem starken Anstieg der Vermögenspreise, was die Risiken für die Finanzstabilität erhöhte und die Ungleichheit stark verschärfte. Die Finanzminister der Eurogruppe einigten sich im April auf ein 540-Milliarden-Euro-Kreditprogramm für die Mitgliedsstaaten, das jedoch an strenge Bedingungen geknüpft war und zu einer schweren politischen Krise in Italien führte. Angesichts des drohenden Auseinanderbrechens der EU schlugen Deutschland und Frankreich ein 750-Milliarden-Euro-Rettungsprogramm vor, das zum ersten Mal auch Zuschüsse für die am stärksten betroffenen Staaten enthalten würde. Dies wurde als historischer Durchbruch dargestellt, obwohl es sich um relativ bescheidene Beträge handelt, die den EU-Kontrollen unterliegen und auf den neoliberalen Prinzipien von Flexibilität und Wettbewerb basieren.

Die EU sollte ihre gemeinsame Geldpolitik durch eine europäische Fiskalpolitik ergänzen, die darauf abzielt, Vollbeschäftigung durch gute Arbeit, kürzere Arbeitszeiten und einen Abbau der Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen verschiedenen europäischen Regionen zu fördern. Neben den fiskalischen Maßnahmen der EU sollten die nationalen Haushalte Vollbeschäftigung und den Übergang zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Modell innerhalb der Länder fördern, wobei öffentliche Investitionen von den Defizitregeln der EU ausgenommen werden sollten. Die monetären Operationen der EZB sollten darauf basieren, den Prozess des sozialen und ökologischen Übergangs zu fördern, und die EZB sollte als Kreditgeber der letzten Instanz für Regierungen fungieren. Um das Finanzwesen in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, sollten die größten Banken einer sozialen Kontrolle unterworfen werden, und lokale öffentliche und genossenschaftliche Banken sollten gefördert werden. Kapitalgewinne aus kurzfristigen Finanztransaktionen sollten einer hohen Besteuerung unterworfen werden und internationale Finanztransaktionen sollten streng kontrolliert werden.

2. Kritische Perspektiven auf den Europäischen Green Deal

Auch wenn er derzeit von der COVID-19-Krise überschattet wird, ist es dringend notwendig, die Schlüsseldimensionen des Europäischen Green Deals (EGD) kritisch zu reflektieren und weiter zu verbessern, insbesondere jene, die das Klima und die Biodiversität (die beiden »zentralen« planetarischen Grenzen) betreffen, sowie den Ansatz der Sozialpolitik und das politische Umfeld, in dem er entstanden ist. Wir weisen auf bestimmte Politikbereiche hin und unterbreiten alternative Vorschläge.

Der EGD ist im Wesentlichen ein »grüner Wachstumsansatz«; er beinhaltet nicht die substanzielle sozial-ökologische Transformation, die notwendig wäre, um die profunde ökologische und soziale Krise zu bewältigen. Der für die Umsetzung des EGD erforderliche Grad der absoluten Entkopplung von Emissionen und Ressourcen vom Wachstum ist höchstwahrscheinlich nicht zu erreichen. Die Kommission hat die Klimapolitik in den Mittelpunkt des Green Deals gestellt; dennoch ist sein Anspruch viel zu bescheiden. Notwendig wäre ein starker Fünfjahresplan zur Emissionsreduktion. Es gibt eine starke Betonung der Marktmechanismen und des Binnenmarktes, während Normen wie Solidarität und alternative Formen der wirtschaftlichen Organisation kaum oder gar nicht vorkommen. Der Just-Transition-Mechanismus ist nicht ausreichend finanziert, sodass sozial-ökologische Ziele im Wesentlichen fiskalischen Dogmen untergeordnet werden.

Der Energiecharta-Vertrag (ECT) ist ein Haupthindernis für den schnellen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Wenn er nicht reformiert werden kann, um die Macht der fossilen Brennstoffindustrie einzuschränken, was wahrscheinlich ist, muss ein kollektiver Austritt aller EU-Mitglieder organisiert werden. Die Agrarpolitik, vor allem die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), muss grund-

legend geändert werden, um die Ambitionen des EGD in Bezug auf Biodiversität und Treibhausgasemissionen widerzuspiegeln. Die begrüßenswerte Ambition des EGD, ein »glaubwürdiges Beispiel« für die europäische Handelspolitik zu setzen, muss manifestiert werden, anstatt lediglich Rhetorik zu bleiben. Bisher wurden wichtige Gelegenheiten verpasst, wirksame ökologische und soziale Nachhaltigkeitsverbesserungen zu fördern, z.B. im anstehenden EU-Mercosur-Abkommen. Die geplante »One-in, one-out«-Abschaffung von Regulierungen muss aufgegeben werden.

Während es abzuwarten bleibt, wie einige Spezifika des EGD in den kommenden Jahren umgesetzt, verwaltet und gesteuert werden, ist bereits jetzt klar, dass er so viel mehr hätte sein können und sollen.

3. Feministische Ansätze für einen Care und Green New Deal

Die Pandemie hat das Thema der Care-Ökonomie an die Spitze der gesellschaftlichen Prioritäten gebracht, indem sie das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der öffentlichen Gesundheitssysteme zur Gewährleistung des Rechts der Bürger:innen auf Gesundheitsversorgung geschärft hat. Sie hat auch den weiten Bereich von Care-Leistungen sichtbar gemacht, der soziale und persönliche Pflege, Bildung und Gesundheitsfürsorge einschließt und alle umfasst, die sich in einem Zustand der Abhängigkeit befinden und Hilfe benötigen: Kinder, gebrechliche ältere Menschen und Behinderte, aber auch Opfer von Gewalt, Obdachlose, Drogenabhängige, Flüchtlinge usw. Darüber hinaus hat es die vorherrschende Rolle von Frauen in der sozialen Reproduktion in den Vordergrund gerückt, sowohl als Hauptanbieterinnen von unbezahlter häuslicher Pflege, aber auch als »wichtige« unverzichtbare Arbeitskräfte.

Die feministische Agenda zugunsten einer Care-Ökonomie ist integraler Bestandteil einer progressiven Alternative für die sozial-ökologische Transformation Europas, die die Notwendigkeit anerkennt, dass die nationalen Konjunkturprogramme aller EU-Länder umfangreiche soziale Investitionen in die Care-Ökonomie vorsehen, nicht nur umfangreiche öffentliche Investitionen zur Förderung einer »Green Economy«, um das Betreuungsdefizit der alternden Gesellschaften zu bekämpfen, den Wohlfahrtsstaat gegen zukünftige Gesundheitskrisen zu stärken und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

In den aktuellen Plänen des Green New Deal wird nicht berücksichtigt, wie alltägliche Lebenspraktiken ressourceneffizienter gestaltet werden könnten oder wie Lebensräume so gestaltet werden könnten, dass sie die Ökoefizienz maximieren und gleichzeitig den Zeitaufwand für ihre Ausführung, insbesondere durch Frauen, reduzieren. Während der Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft ein großes Potenzial für das Überdenken einer Vielzahl von normalisierten Merkmalen des täglichen Lebens bietet, besteht immer noch die Notwendigkeit einer Annäherung, indem die soziale Repro-

duktion, die Wertschätzung von Pflege, menschenwürdige Pflegearbeit und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der sozial-ökologischen Transformation der EU-Länder gestellt werden.

4. Der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft: Industriepolitik, grüner Übergang und das Gesundheitssystem

Als Folge der Krise im Kontext der Pandemie verliert Europa Produktionskapazitäten, erfährt größere Ungleichheiten zwischen Ländern und Regionen und verlangsamt den ökologischen Übergang. Die Vielfalt der nationalen und EU-Ausgabeninitiativen, die 2020-21 zur Unterstützung von Unternehmen und Haushalten aufgelegt wurden, führt nicht zu einem Entwicklungspfad in Richtung eines alternativen, nachhaltigen und gerechteren Produktionssystem. Auf EU-Ebene enthält das EU-Programm »Next Generation EU« Anforderungen für Investitionen und grüne Projekte, jedoch mit wenig Koordination mit der europäischen Green-Deal-Agenda.

Mit der vorübergehenden Aussetzung des EU-Verbots staatlicher Beihilfen für Unternehmen wurde den Regierungen ein größerer politischer Spielraum eingeräumt. Allerdings haben nur wenige Länder – vor allem Deutschland und Frankreich – klare industriepolitische Pläne für die Hochtechnologie, die Automobilindustrie, den Energie- und den Umweltsektor entwickelt, mit einer starken Rolle der Regierungen in den Bereichen Innovation, Investitionen, Organisation der Märkte, Gestaltung der Vorschriften, Bereitstellung von Mitteln und Ausrichtung der Unternehmensstrategien. Umgekehrt haben die meisten Länder mit einer »horizontalen« Unterstützung für alle Unternehmen weitergemacht, ohne eine klare Dimension des Wiederaufbaus.

Eine alternative EU-Industriepolitik sollte auf eine neue Konvergenz zwischen den Ländern und Regionen abzielen; sie sollte den Anstieg der militärischen Produktion vermeiden, ein Bereich, der jetzt neue EU-Unterstützung für F&E und Waffensysteme erhält; und sie sollte den Arbeitnehmern und Gewerkschaften mehr Schutz und Mitspracherecht gewähren. Wichtige Prioritätsbereiche sollten der grüne Übergang und die Ausweitung der Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Sozialdienste sein. Zu den politischen Instrumenten können öffentliche Investitionen und Kapitalbeteiligungen an privaten Unternehmen, öffentliche Beschaffung für neue Güter und Dienstleistungen sowie Anreize und staatlich garantierte Kredite für private Firmen gehören, die sich zu langfristigen Innovationen und Investitionen in diesen Schwerpunktbereichen verpflichten. Die neuen Ressourcen, die während der Notsituation zur Verfügung stehen, sollten auf den nachhaltigen und gerechten Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaften konzentriert werden.

5. Die internationale Dimension der sozio-ökologischen Transformation

Die sozial-ökologische Transformation hat sowohl eine nationale als auch eine internationale Dimension. Die Rolle der Europäischen Union bei der Förderung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene bedarf daher ernsthafter Überlegungen. Die zentralen Fragen, die es zu klären gilt, lauten: Welchen effektiven Beitrag leistet die EU bei der Förderung des Friedens sowie der Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung, während sie gleichzeitig gegen die globale Erwärmung und den Verlust der biologischen Vielfalt vorgeht? Wie verändern die EU-Akteure ihre Herangehensweise an soziale, gesellschaftliche, ökologische und globale Probleme und wie rekonfigurieren sie gleichzeitig ihre transnationalen und internationalen Beziehungen? Was bedeuten die Antworten auf diese Fragen effektiv, insbesondere für demokratische anti-neoliberale Kräfte, für die Förderung eines menschenwürdigen Lebens im Kontext von Würde, Selbstbestimmung, Solidarität und einer gesunden Natur für alle?

Um einen Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Fragen zu schaffen, ist das zentrale Argument des Kapitels, dass innenpolitische Prozesse in der EU einen starken Einfluss auf die politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedingungen von Akteuren außerhalb der EU haben, die mit deren Folgen umgehen müssen. Daher bedürfen diese Folgen einer kritischen Reflexion in der EU-Politik, da sie abhängen von 1) der Nachfrage der EU nach Ressourcen einschließlich Rohstoffen sowie deren Produktions- und Transportweisen, 2) den Bedingungen für Handel und Investitionen und der damit verbundenen EU-Politik, 3) konkreten Politiken, die auf die Entwicklung von Nachhaltigkeit abzielen, 4) den Aktivitäten und Praktiken transnationaler Konzerne mit Sitz und Anteilseignern in der EU, 5) der Rolle des Militärs in der Wirtschaft und in der Politik der Mitgliedsstaaten und auch der EU.

Folglich bedürfen die aktuellen politischen Prioritäten der EU – wie sie im Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen (CRM), im Energiecharta-Vertrag, in EU-Handelsabkommen, in der Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, in der bevorstehenden EU-Gesetzgebung zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht, aber auch in der PESCO/Militarisierung und in einer Außenpolitik, die auf dem dominanten Verständnis von »Sicherheit« und der »Reaktion auf globale Herausforderungen« basiert, festgelegt sind – einer systematischen Überprüfung.

Einleitung

Das Versagen des neoliberalen Kapitalismus – einmal mehr aufgedeckt durch die Corona-Pandemie

Die Coronavirus-Pandemie hat zu mehr als 400.000 Todesfällen in Europa im Jahr 2020 geführt, eine große Wirtschaftskrise ausgelöst und auf tragische Weise die gravierenden Mängel des vorherrschenden Wirtschaftsmodells sowohl in der Europäischen Union als auch darüber hinaus offengelegt. Das neoliberale Modell der vergangenen Jahrzehnte bestand in der Konstruktion eines global integrierten Marktes mit harmonisierten Regeln, die wiederum von internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) garantiert wurden. Die globale Finanzkrise, die Klimakrise sowie das Aufkommen des autoritären Populismus auf globaler Ebene und zuletzt die Corona-Pandemie haben überdeutlich gemacht, dass der neoliberale Kapitalismus in einer tiefen Krise steckt.

Der internationale Handel und die Investitionen haben sich seit 2009 abgeschwächt. Darüber hinaus war die internationale Wirtschaftstätigkeit, wie sie paradigmatisch von globalen Wertschöpfungsketten (GVCs) verkörpert wird, verschiedenen Arten von Schocks ausgesetzt, wie von Covid-19 aufgezeigt wurde. Die Zahl der Schocks nimmt seit Jahren zu, während ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen gravierender geworden sind.¹ Angesichts der höheren Anzahl von Klimaereignissen (Überschwemmungen, Dürren usw.), Gesundheitskrisen, Cyberangriffen und politischen Konflikten werden sowohl die Häufigkeit als auch die Tiefe dieser Produktionsunterbrechungen in Zukunft wahrscheinlich zunehmen.

Weniger internationale Zusammenarbeit, aber mehr europäische Integration?

Als Folge der Corona-Pandemie haben wir die Rückkehr des Staates als wirtschaftspolitischen Akteur der letzten Instanz erlebt. Dies hat zu ambivalenten Ergebnissen geführt. Erstens: Um die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern, insbesondere mit medizinischen Gütern und Arzneimitteln, zu sichern, haben die Regierungen von 90 Ländern zeitweilig rund 230 Exportbeschränkungen verhängt.² Dazu gehörten Protagonisten der sogenannten

¹ Siehe z.B. Swiss Re Institute (2020): Natural catastrophes in times of economic accumulation and climate change. Sigma No. 2/2020. Verfügbar unter: www.swissre.com/dam/jcr:85598d6e-b5b5-4d4b-971e-5fc9eee143fb/sigma-2-2020-en.pdf (letzter Zugriff: 15. Dezember 2020).

² Siehe WTO website, www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/trade_related_goods_measure_e.htm (30. August 2020).

regelbasierten internationalen Ordnung wie die Europäische Kommission, Deutschland und Japan. In ähnlicher Weise haben sich die wohlhabenden Länder des kapitalistischen Zentrums auf einen Wettlauf eingelassen, um sich einen bevorzugten Zugang zu den von Forschungslabors und Pharmaunternehmen entwickelten Impfstoffen zu sichern – auf Kosten eines koordinierten Ansatzes, der die Bedürfnisse der Länder der kapitalistischen Peripherie berücksichtigen würde.³

Der Mangel an internationaler Solidarität, zumindest in der ersten Phase der Covid-19-Krise, war höchst problematisch, hätte aber nicht überraschen dürfen, da die Hauptverantwortung für die Bewältigung von Krisensituationen nach wie vor bei den Nationalstaaten liegt, während der EU in dieser Hinsicht noch wichtige Kompetenzen fehlen. Covid-19 hat also zumindest anfangs zu einer weiteren Schwächung der gesamteuropäischen wie auch der internationalen Zusammenarbeit geführt.

Zweitens haben die Regierungen in der gesamten EU umfangreiche fiskalische Programme eingeführt, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der tiefen wirtschaftlichen Kontraktion aufgrund von Covid-19 abzumildern. Die Aufhebung der extrem restriktiven Fiskal- und Beihilferegeln durch die Europäische Kommission sowie die beträchtlichen Liquiditätsspritzen der Europäischen Zentralbank haben zu massiven Ausgabenprogrammen der einzelnen Mitgliedsstaaten geführt. Die Austeritätspolitik der letzten zwölf Jahre wurde damit für die breite Öffentlichkeit als das entlarvt, was sie immer war: dogmatisch und ohne Bezug zu fundierten konzeptionellen Überlegungen, historischen Erfahrungen und vor allem zu ihren menschlichen und sozialen Kosten. Die deutlich asymmetrischen wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die EU-Mitgliedsstaaten, wobei Länder in Südeuropa wie Italien und Spanien härter getroffen wurden als die wirtschaftlich dominierenden Länder rund um Deutschland, lösten zudem einen weiteren, wenn auch zögerlichen Schritt in Richtung wirtschaftlicher Integration aus, nämlich die Entscheidung, mit dem EU-Programm »*Next Generation EU*« gemeinsame Formen der europäischen Verschuldung einzuführen. Das 750-Milliarden-Euro-Programm besteht sowohl aus Krediten als auch aus Zuschüssen, letztere in Höhe von insgesamt 390 Milliarden Euro. Obwohl dies an sich eine bedeutende Entwicklung ist, bleibt es zweifelhaft, ob der Umfang dieser Initiative und die Geschwindigkeit ihrer Umsetzung

³ Die Gavi-COVAC-Initiative mit Unterstützung der WHO, der EG und Frankreichs ist die Ausnahme, aber wohl viel zu schwach und unterfinanziert, um den LDCs einen umfassenden Zugang zu wirksamen Impfungen zu ermöglichen, sobald diese verfügbar sind. Für weitere Informationen siehe www.gavi.org.

ausreichen werden, um einen signifikanten Beitrag zur Erholung der europäischen Wirtschaft zu leisten, geschweige denn zu einem Prozess der wirtschaftlichen Konvergenz innerhalb der Eurozone.

Die Klimakrise und die Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformation

Obwohl angekündigte 30% der Mittel aus dem Konjunkturprogramm für die Finanzierung grüner Investitionen vorgesehen sind, ist der European Green Deal (EGD) als Leuchtturmprojekt der neuen Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen durch die tiefe Wirtschaftskrise, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurde, dennoch unter Druck geraten. Vorschläge zur Konkretisierung einzelner Programme im Rahmen des EGD wurden entweder verschoben oder abgeschwächt. Die im Oktober 2020 sowohl im Rat als auch im Europäischen Parlament beschlossenen Positionen zu den Leitlinien der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Periode 2021-2027 wurden beispielsweise wegen ihrer mangelnden Ambition in Bezug auf die Umwelt- und Klimaschutzziele stark kritisiert.⁴

Es ist nur allzu offensichtlich, dass mächtige Akteure und Interessen die derzeitige Wirtschaftskrise als Vorwand nutzen, um nicht nur gegen die ehrgeizigeren Elemente des EGD, sondern auch gegen radikalere Vorschläge für eine sozial-ökologische Transformation vorzugehen. Die Entscheidungsfindung in den europäischen Institutionen ist hochgradig kontrovers und langwierig geworden, wobei sich zu bestimmten Themen neue Vetospieler herausgebildet haben, wie z.B. die »sparsamen Vier (*Frugal Four*)« (Österreich, Dänemark, Niederlande, Schweden, zuletzt zudem unterstützt von Finnland) in der Fiskalpolitik oder Ungarn und Polen in der Klimapolitik, der Rechtsstaatlichkeit und anderen Fragen. Leider bleiben die Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung der europäischen Integration so umstritten wie eh und je. Jüngste Schlüsselereignisse wie der Brexit, die strategische Neuausrichtung der US-Außenpolitik gegenüber China oder die Auswirkungen der Corona-Pandemie konnten die strategische Ausrichtung der EU-Politiker:innen bisher nicht entscheidend verändern, da diese sich nur auf das notwendige Minimum einigen konnten, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone oder weitere größere Verwerfungen zu vermeiden.

Im Herbst 2020 wurden die meisten europäischen Länder von einer zweiten Welle von Covid-19-Infektionen erschüttert, und damit musste die EU-Politik erneut in den Krisenmodus schalten. Auch wenn es derzeit unmöglich ist, zu prognostizieren, wann die Pandemie eingedämmt sein wird, muss klar

⁴ Siehe www.politico.eu/article/europes-green-ambitions-run-into-an-old-foe-farmers/

sein, dass angesichts der Klimaziele der EU die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die im Laufe der nächsten Jahre getroffen werden, den Kurs der europäischen Wirtschaft bis zum Ende dieses Jahrzehnts weitgehend bestimmen werden. Sie werden also entscheidend dafür sein, ob wir uns in Richtung einer Ablösung unserer gegenwärtigen sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumweise bewegen oder ob sich die Kräfte des Status quo durchsetzen und wir uns mit einer immer weiter verschärfenden sozialen und ökologischen Krisendynamik konfrontiert sehen.

Wie bereits im EuroMemorandum 2020 betont, ist die Euromemo-Gruppe der festen Überzeugung, dass ein umfassendes und radikales Programm der sozial-ökologischen Transformation (SET) erforderlich ist, um den notwendigen Übergang in eine nachhaltige Zukunft zu erreichen. In unserem diesjährigen Bericht konzentrieren wir uns neben einem allgemeinen Überblick über die jüngsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und einer Kritik des EGD-Vorschlags und seiner Umsetzung auf eine Reihe von Dimensionen, die in den SET-Diskussionen zu oft am Rande geblieben sind, die aber besondere Aufmerksamkeit verdienen. Dazu gehört erstens die Notwendigkeit, eine feministische Perspektive einzubringen und die Bedeutung von sozialer Reproduktion und sozialer Fürsorge für jede Form von progressiven GND- und SET-Vorschlägen zu betonen. Zweitens ist vor dem Hintergrund sowohl unserer Umweltverpflichtungen als auch der Erfordernisse von Covid-19 ein umfassendes Programm zum Wiederaufbau unserer produktiven Wirtschaft notwendig.

Drittens: Die internationale Dimension und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU müssen viel expliziter angesprochen werden. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Rivalitäten, insbesondere zwischen den USA und China, müssen Pläne zum Ausbau der militärischen Kapazitäten der EU und zum Einsatz der Außen- und Sicherheitspolitik sowie ihres handelspolitischen Arsenal zur Förderung eines aggressiveren Ansatzes in internationalen Angelegenheiten energisch infrage gestellt werden. Stattdessen muss die EU ihre Außenpolitik auf die Prinzipien der Friedensschaffung, der Konfliktmediation, der Abrüstung sowie der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität gründen.

1. Die europäische Wirtschaft im Zeitalter der Corona-Pandemie

Der Ausbruch von Covid-19

Die internationale wirtschaftliche Expansion, die 2009 begann, war im historischen Vergleich schwach, und bereits 2019 gab es Anzeichen dafür, dass sie sich dem Ende zuneigen würde. In den USA hatte sich der temporäre Stimulus aufgrund der Trumpschen Steuersenkungen erschöpft, in China erreichte die seit 2010 stetig sinkende Wachstumsrate ein 30-Jahres-Tief und in der Europäischen Union (EU) verlangsamte sich die ungleichmäßige wirtschaftliche Erholung nach der Krise im Euroraum 2010-12, wobei Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien allesamt einen Wachstumsrückgang verzeichneten.

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im März 2020 traf die EU-Mitgliedsstaaten mit unterschiedlicher Intensität. Die ersten Auswirkungen waren in Italien zu spüren, gefolgt von Spanien und kurz darauf auch in Frankreich und Belgien. Die Gesundheitssysteme waren ernsthaft überlastet und es gab eine alarmierende Anzahl von Todesfällen. Hohe Sterblichkeitsraten gab es auch in Schweden, das eine umstrittene Politik der »Massenimmunität« verfolgte, sowie in Großbritannien und den Niederlanden, die zunächst den gleichen Ansatz verfolgten. In Deutschland, Österreich und den übrigen nordischen Ländern, wo die Auswirkungen etwas später eintraten, war die Sterblichkeitsrate deutlich geringer. In Mittel- und Osteuropa war die Auswirkung anfangs sogar noch geringer, aber die Infektionen stiegen den ganzen Sommer über stetig an. Im Frühherbst begannen die Infektionen dann europaweit wieder zu steigen. Diese Entwicklung beschleunigte sich im November 2020 stark, die Zahl der täglichen Neuerkrankungen war etwa fünfmal so hoch wie im März. Dank größerer Erfahrung in der Behandlung der Krankheit und des höheren Anteils jüngerer Betroffener überlebten deutlich mehr Menschen. In der EU insgesamt war die Zahl der täglichen Todesfälle jedoch genauso hoch wie während der ersten Welle.

In vielen Ländern wurden Lockdowns eingeführt, um die anfängliche Ausbreitung der Krankheit zu bremsen. Dies führte zu erheblichen Produktionseinbrüchen, wobei die Industrieproduktion in der EU im April um 27% zurückging. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 sank das BIP in der gesamten EU um 15% und in Frankreich, Italien und Spanien um etwa 20%. Als die wirtschaftliche Abriegelung im Frühjahr gelockert wurde, verzeichnete die Wirtschaftstätigkeit zunächst einen relativ starken Aufschwung, der sich jedoch ab dem Spätsommer abschwächte, und bis November hatten die meisten Länder die Beschränkungen für die Gastronomie und nicht-essenzielle Tätigkeiten wieder eingeführt. Für das Gesamtjahr wird für die EU insge-

samt ein Rückgang des BIP um etwa 8% erwartet. Dahinter verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Unter den größeren Volkswirtschaften wird für Deutschland ein Rückgang von etwa 6% erwartet, während die Zahlen für Frankreich, Italien und insbesondere Spanien bei 10% und mehr liegen dürften. Bei den kleineren Ländern wird die Produktion in Belgien, Griechenland und Portugal um etwa 9% zurückgehen.

Die Epidemie hat sich stark auf die Arbeitsmärkte ausgewirkt. Durch vorübergehende Entlassungen und Kurzarbeitsprogramme ging die Beschäftigung von Männern und Frauen im ersten Halbjahr 2020 um 2,8% zurück, deutlich weniger als der Rückgang der Produktion. Für das Gesamtjahr wurde ein Rückgang der Beschäftigung um etwa 5% erwartet. In den Fällen, in denen entmutigte Arbeitnehmer:innen keinen Arbeitsplatz finden konnten, stieg die Nichterwerbsquote in der EU insgesamt jedoch um 1,7 Prozentpunkte. Die offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit in der EU, die im Laufe des Jahres 2020 von 6,5% auf 7,7% anstieg, erfassten daher nur einen Teil der Jobkrise. Am stärksten betroffen von den Arbeitsplatzverlusten waren Arbeitsmigrant:innen und junge Menschen, während Frauen mit Kindern einen überproportionalen Anteil an unbezahlter Arbeit zu tragen hatten. Hinzu kam die zusätzliche Belastung durch die Bewältigung der Telearbeit von zu Hause aus, die nach dem Ausbruch der Gesundheitskrise deutlich zunahm.⁵

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werden die Arbeitseinkommen in den ersten drei Quartalen 2020 in Westeuropa um 10,7% und in Osteuropa um 8,0% sinken.⁶ Alle EU-Länder führten Regelungen zur Entschädigung von Arbeitnehmern ein, die in Kurzarbeit waren oder entlassen wurden. Diese betrafen fast 25% der Arbeitnehmer in den Niederlanden, Deutschland und Spanien und fast 50% in Frankreich und Italien. Aber selbst mit diesen Regelungen mussten die Arbeitnehmer:innen einen Verlust des Nettoeinkommens von etwa 25% hinnehmen, wenn sie 50% der regulären Arbeitszeit arbeiteten, und einen Rückgang von 50%, wenn sie null Stunden arbeiteten. Für gering bezahlte und prekär beschäftigte Arbeitnehmer:innen, die ohnehin schon um ihr Überleben kämpfen, bedeutete der Rückgang eine große Anzahl an Härtefällen. Etwa zwei Drittel der EU-Länder führten auch Einkommenschutzmaßnahmen für Selbständige und andere Gruppen ein, die nicht von den bestehenden Systemen abgedeckt werden, aber diese boten nur sehr geringe Einkommensersatzraten. Wanderarbeiter:innen waren von den neuen Mobilitätsbeschränkungen besonders betroffen und arbeiteten oft in Sektoren, deren Arbeitnehmer:innen beson-

⁵ IMF, World Economic Outlook, Oktober 2020, Box 2.1, S. 77-78.

⁶ ILO Monitor, COVID-19 and the world of work, 6. edition, 23. September 2020, S. 17.

EU-Wirtschaftsindikatoren, 2020

	Veränderung in%	Reales BIP	Investment	Beschäftigung	Arbeitslosigkeit	Reales Einkommen	Haushalts-saldo-des BIP	Bruttoverschuldung des BIP
	Eurozone	-7.8	-19.1	-5.3	8.3	0.9	-8.8	101.7
	EU	-7.4	-17.6	-4.5	7.7	0.5	-8.4	93.9
Nordisch	Finnland	-4.3	-14.7	-2.5	7.9	1.7	-7.6	69.8
	Dänemark*	-3.9	-12.3	-1.3	6.1	0.6	-4.2	45.0
	Schweden*	-3.4	-11.5	-1.7	8.8	1.2	-3.9	39.9
Westliches Europa	Österreich	-7.1	-14.8	-2.5	5.5	-0.3	-9.6	84.2
	Belgien	-8.4	-15.4	-0.7	5.9	-1.9	-11.2	117.7
	Frankreich	-9.4	-17.6	-10.5	8.5	5.0	-10.5	115.9
	Deutschland	-5.6	-15.7	-1.0	4.0	-1.7	-6.0	71.2
	Irland	-2.3	-67.6	-0.4	5.3	1.5	-6.8	63.1
	Luxemburg	-4.5	-15.6	2.0	6.6	-5.6	-5.1	25.4
	Niederlande	-5.3	-14.2	-0.8	4.4	1.3	-7.2	60.0
Südliches Europa	Zypern	6.2	17.0	-2.6	8.2	-1.6	-6.1	112.6
	Griechenland	-9.0	-15.4	-3.6	18.0	0.3	-6.9	207.1
	Italien	-9.9	-18.8	-10.3	9.9	1.0	-10.8	159.6
	Malta	-7.3	:	-0.8	5.1	-0.3	-9.4	55.2
	Portugal	-9.3	-30.7	-3.8	8.0	-0.3	-7.3	135.1
	Spanien	-12.4	-23.4	-8.7	16.7	2.1	-12.2	120.3
Osteuropa	Tschechien	-6.9	-15.2	-1.1	2.7	-2.9	-6.2	37.9
	Estland	-4.6	-18.9	-3.5	7.5	3.8	-5.9	17.2
	Lettland	-5.6	-4.0	-3.2	8.3	2.8	-7.4	47.5
	Litauen	-2.2	-13.1	-2.8	8.9	1.5	-8.4	47.2
	Slowakei	-7.5	-20.0	-1.6	6.9	-0.6	-9.6	63.4
	Slowenien	-7.1	-16.0	-0.9	5.0	1.3	-8.7	82.2
	Bulgarien*	-5.1	12.8	-2.9	5.8	4.0	-3.0	25.7
	Kroatien*	-9.6	:	-1.4	7.7	1.9	-6.5	86.6
	Ungarn*	-6.4	-16.4	-3.5	4.4	2.8	-8.4	78.0
	Polen*	-3.6	-9.8	-1.7	4.0	-0.1	-8.8	56.6
	Rumänien*	-5.2	2.0	-2.6	5.9	5.8	-10.3	46.7
Non EU	UK	-10.3	-15.6	-0.9	5.0	-1.3	13.4	104.4
	Japan	-5.5	:	-5.0	3.1	2.9	-13.9	250.0
	USA	-4.6	-10.7	-6.3	7.7	2.8	-15.3	120.0

Quelle: Europäische Kommission, Europäische Wirtschaftsprognose, Herbst 2020. * Nicht-Eurozone. Irisches BIP geschätzt auf -6% ohne US-MNKs.

ders anfällig für das Coronavirus waren. Generell waren Frauen unter den am stärksten gefährdeten Arbeitskräften überproportional vertreten, vor allem im Gesundheits- und Pflegesektor.

Die Europäische Kommission schätzt, dass das Coronavirus im Jahr 2020 Unternehmensverluste zwischen 720 Mrd. Euro und 1,2 Billionen Euro verursachen wird.⁷ Während einige wenige Wirtschaftszweige expandierten, vor allem Supermärkte und Heimpliefdienste, kam es insgesamt zu einem breiten Einbruch der Geschäftstätigkeit. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Zahl der sogenannten Zombie-Unternehmen zugenommen, die nur dank spezieller Kreditprogramme überlebt haben, und im September forderte die OECD, dass die Programme zur Erhaltung von Arbeitsplätzen auslaufen und unrentable Unternehmen geschlossen werden sollten.⁸

Ein begrenzter Schritt nach vorn?

Die EU-Mitgliedsstaaten reagierten zunächst völlig unsolidarisch auf die Epidemie, schlossen die nationalen Grenzen und beschränkten den Export wichtiger medizinischer Güter. Ende März einigten sich die EU-Finanzminister jedoch darauf, die Obergrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die staatliche Kreditaufnahme auszusetzen, um die nationalen Reaktionen zu erleichtern.

Im März reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) auf die wirtschaftliche Bedrohung mit einer Reihe von wichtigen Initiativen. Sie führte ein Pandemie-Notfallprogramm in Höhe von 750 Mrd. Euro ein, das den Druck auf südeuropäische Staatsanleihen verringerte und im Juni auf 1.350 Mrd. Euro erhöht wurde. Ein weiteres Programm erhöhte die Unterstützung für Unternehmen. Bankenregulierungen und Anforderungen an Sicherheiten wurden gelockert, obwohl das Potenzial von 3 Billionen Euro an Krediten an Unternehmen zu negativen Zinsen kaum in Anspruch genommen wurde. Die Auswirkungen der Geldpolitik waren folglich zweideutig. Die massiven Liquiditätsspritzen der EZB verhinderten zwar einen potenziellen Zusammenbruch des Bankensystems, aber die sehr akkommodierende Geldpolitik und die niedrigen Zinsen führten nicht zu einem signifikanten Anstieg der

⁷ Yannis Eustathopoulos: The role and duties of public authorities in corporate bailouts: »business-usual« or opportunity for fostering socio-ecological transition? (Die Rolle und die Pflichten der öffentlichen Hand bei der Rettung von Unternehmen: »Business-usual« oder Chance zur Förderung der sozial-ökologischen Transformation?«), Vortrag auf der EuroMemorandum-Konferenz, 23. September 2020.

⁸ OECD Interim Economic Assessment, Coronavirus: Leben mit der Unsicherheit, 16. September 2020, S.12.

Bankenkredite und des Wirtschaftswachstums. Stattdessen hat der enorme Anstieg der Liquidität zu einem starken Anstieg der Vermögenspreise beigetragen, mit den damit einhergehenden Risiken für die Finanzstabilität. Außerdem hat sie die sozioökonomische Ungleichheit sowohl innerhalb Europas als auch global stark verschärft.

Angesichts der sich rapide verschlechternden Wirtschaftsaussichten einigte sich die Eurogruppe der Finanzminister Anfang April auf ein Kreditprogramm in Höhe von 540 Mrd. Euro: 100 Mrd. Euro zur Finanzierung nationaler Arbeitslosenprogramme (Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency oder SURE); 200 Mrd. Euro für Unternehmen von der Europäischen Investitionsbank mit Garantien der Nationalstaaten; und mögliche weitere 200 Mrd. Euro für Unternehmen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus. Auf Drängen der niederländischen Regierung wurden diese jedoch größtenteils der üblichen strengen Konditionalität der EU unterworfen, trotz des heftigen Widerstands der südlichen Mitgliedsstaaten.

Die Kreditaufgaben führten zu einer schweren politischen Krise, vor allem in Italien. Angesichts der Möglichkeit eines Auseinanderbrechens der EU änderte die deutsche Regierung ihre Position, und Bundeskanzlerin Merkel schlug zusammen mit dem französischen Präsidenten Macron ein 750-Milliarden-Euro-Hilfsprogramm vor, das zum ersten Mal in der EU 450 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Mitgliedsstaaten enthalten sollte. Das EU-Programm »*Next Generation EU*« wurde auf einem Gipfel im Juli verabschiedet, obwohl auf Druck der Niederlande, Österreichs, Dänemarks und Finnlands das Zuschusselement auf 390 Milliarden Euro reduziert wurde. Die Zuschüsse sollen über drei Jahre auf der Basis von Arbeitslosigkeit und Pro-Kopf-Einkommen verteilt werden, und die größten Nutznießer sollen Italien und Spanien sein. Die Kredite sollen zwischen 2028 und 2057 zurückgezahlt werden, wobei die zentrale Frage, wie dies finanziert werden soll, noch nicht geklärt ist. Dies könnte mithilfe neuer europäischer Steuern (auf Kunststoffe, Finanztransaktionen, Kohlenstoffverbrauch oder digitale Geschäfte) geschehen, aber auch mit neuen Mitteln der Mitgliedsstaaten oder mit Ausgabenkürzungen.

Das Programm wurde als historischer Durchbruch dargestellt, da es das Prinzip der europäischen Verschuldung und der Transfers zugunsten der am meisten von der Krise betroffenen Länder beinhaltet. Aber obwohl es ein erster Schritt ist, ist dieser sehr begrenzt. Deutschland hat einen Kompromiss geschlossen, um die Eurozone zu erhalten, die für seine exportorientierte Wirtschaft unerlässlich ist. Die Schaffung von europäischen Schulden ist eine wichtige Initiative; die entscheidende Frage, wie sie zurückgezahlt werden sollen, ist aber ungeklärt. Auch der Umfang des Plans ist klein im

Vergleich zum Ausmaß der Herausforderung. Das Zuschusselement beläuft sich nach Abzug der bereits zugewiesenen 78 Milliarden Euro (für die Kohäsionspolitik, die ländliche Entwicklung und den Just Transition Fund) auf 312 Milliarden Euro über drei Jahre. Das entspricht gerade einmal 0,7% des europäischen BIP pro Jahr, ein sehr bescheidener Betrag angesichts der tiefgreifenden Rezession. Noch besorgniserregender ist, dass die nationalen Investitionen, die durch den Plan finanziert werden, der Kontrolle durch das Europäische-Semester-Verfahren unterworfen werden sollen. Dies beinhaltet sogenannte Strukturreformen, die auf der Förderung neoliberaler Vorstellungen von Flexibilität und Wettbewerb basieren. Die Initiative wurde als einmalige Reaktion auf die beispiellose Krise angekündigt, aber in den meisten südlichen Staaten wird sie als ein erster Schritt zu einer dauerhafteren europäischen Fazilität gesehen. Bezeichnenderweise forderte die EZB selbst Ende September in einer Analyse der Begünstigten des neuen Fonds, die europäische Fiskalkapazität dauerhaft zu machen.⁹

Das europäische Aufbaupaket wurde schließlich Ende 2020 nach langwierigen Verhandlungen mit Polen und Ungarn verabschiedet, wobei eine Entscheidung darüber, ob die Unabhängigkeit der Justiz in den beiden Ländern mit den EU-Normen konform ist, auf 2023 verschoben wurde. Die wichtigsten fiskalischen Reaktionen im Laufe des Jahres 2020 waren daher national, mit einer Kombination aus automatischen Stabilisatoren und diskretionären Maßnahmen, die sich in der EU auf etwa 6,9% des BIP beliefen.¹⁰ Dennoch variierte der Umfang der nationalen Konjunkturprogramme je nach den fiskalischen Ressourcen der Länder stark. Deutschland kündigte im Juni Vorschläge für 130 Mrd. Euro an, die hauptsächlich auf die Ankurbelung des Konsums ausgerichtet waren. Frankreichs Paket, das im September angekündigt wurde, umfasste ein 100-Milliarden-Euro-Programm, das unter anderem Investitionen in grüne Energie, Verkehr und industrielle Innovation unterstützt. Italiens Initiative, die im Juli angekündigt wurde, umfasste bescheidenere 20 Mrd. Euro zur Unterstützung von Transport, Logistik und Tourismus.

⁹ The fiscal implications of the EU's recovery package (Die fiskalischen Auswirkungen des EU-Konjunkturpakets), ECB Economic Bulletin 6/20, September 2020.

¹⁰ Europäische Union, Europäische Wirtschaftsprognose – Herbst 2020, Statistical Annex, Tabelle 38.

Auf dem Weg zu einer progressiven Alternative – Vorschläge des EuroMemorandums

Die Coronavirus-Krise macht deutlich, wie wichtig es ist, die gemeinsame europäische Geldpolitik durch eine gemeinsame europäische Haushaltspolitik zu ergänzen. Im Einklang mit früheren Vorschlägen des EuroMemorandums sollte, um eine makroökonomische Wirkung zu erzielen, eine europäische Haushaltskapazität in Höhe von mindestens 5% des BIP der Eurozone geschaffen werden. Dies sollte mit der Schaffung eines europäischen Finanzministeriums einhergehen, das der demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlaments unterliegt. Der europäische Haushalt sollte durch eine Kombination aus (a) Steuern, einschließlich Steuern auf Finanztransaktionen, auf den Verbrauch von Kohlenstoff und den Kohlenstoffgehalt von importierten Gütern sowie auf Unternehmensgewinne, (b) gemeinsamen Anleihen der Eurozone und (c) Geldschöpfung durch die EZB finanziert werden. Vorrangiges Ziel der europäischen Haushaltspolitik sollte es sein, Vollbeschäftigung mit guter Arbeit und einer kürzeren Arbeitswoche zu fördern und die sehr ausgeprägten Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen verschiedenen europäischen Regionen zu verringern.¹¹ Dies sollte eng mit der Entwicklung einer europäischen Investitionsstrategie verknüpft werden, wie in Kapitel 4 diskutiert.

Die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten sollte auf europäischer Ebene mit dem Ziel koordiniert werden, Vollbeschäftigung und den Übergang zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Modell in den einzelnen Ländern zu fördern. Öffentliche Ausgaben für Investitionsprojekte, die zu diesem Ziel beitragen, sollten von den EU-Defizitregeln ausgenommen werden. Die seit den 1980er Jahren eingeführten Kürzungen bei der Besteuerung hoher Einkommen sollten rückgängig gemacht werden, um der starken Zunahme der Ungleichheit entgegenzuwirken und die Bereitstellung von Mitteln für öffentliche Investitionsprogramme zu gewährleisten. Die Staaten sollten klare Regeln für die öffentliche Unterstützung privater Unternehmen aufstellen, die auf langfristigen Interventionen zur Förderung sozialer und nachhaltiger Ziele basieren. Die Mitgliedsstaaten sollten damit beginnen, ihre Steuersätze zu harmonisieren, insbesondere den Satz auf Unternehmensgewinne,

¹¹ Für weitere aktuelle Vorschläge zur Förderung einer dauerhaften europäischen Fiskalkapazität siehe Stéphanie Henneke et al.: *How to democratize Europe*, 2019, die einen gemeinsamen Haushalt befürwortet, der von einer Versammlung überwacht wird, die sich aus Mitgliedern der Parlamente der teilnehmenden Länder im Verhältnis zu ihrer politischen Zusammensetzung ergibt. Siehe auch das von *Transform Europe!* auf der EuroMemorandum-Konferenz, September 2020, vorgestellte Papier, das die gemeinsame Emission von Anleihen durch Länder befürwortet, die an einer »Koalition der Willigen« teilnehmen.

um die schädlichen Auswirkungen des Steuerwettbewerbs zu beseitigen. Die Steuersysteme sollten zu einer Reduzierung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden beitragen. Ein erheblicher Teil der bestehenden öffentlichen Schulden sollte auf EU-Ebene vergemeinschaftet werden, damit alle Mitgliedsstaaten von niedrigeren Zinssätzen und vom Schutz vor spekulativen Angriffen profitieren können.

Im Bereich der Geldpolitik sind mindestens zwei Änderungen erforderlich, die eine Abkehr vom derzeitigen Beharren auf marktbasierter Anpassungen darstellen. Erstens sollten die Operationen der EZB an bestimmte Ziele geknüpft werden, die dazu beitragen, den Prozess des sozialen und ökologischen Übergangs zu fördern. Zu diesem Zweck sollte das EZB-Portfolio beispielsweise mit der Bekämpfung des Klimawandels im Einklang stehen und keine Wertpapiere von Unternehmen enthalten, die CO₂ emittieren. Zweitens sollte die EZB gegenüber Regierungen die Rolle des Kreditgebers der letzten Instanz spielen, was bedeutet, dass die EZB nicht nur öffentliche Anleihen auf dem Primärmarkt kaufen sollte, sondern auch mit einem Teilerlass zur Umstrukturierung der öffentlichen Schulden beitragen sollte, wenn diese zur Finanzierung grüner öffentlicher Investitionen verwendet werden.

Die seit der Finanzkrise 2007-08 durchgeführten Reformen haben das gewinnorientierte Geschäftsmodell der Banken nicht verändert. Um das Finanzwesen in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, sind systemische Veränderungen erforderlich, beginnend mit der sozialen Kontrolle der größten Banken und der Förderung von lokalen öffentlichen und genossenschaftlichen Banken. Alle Finanzkonglomerate, die Retail- und Investmentbanking, Wertpapierhandel und Versicherungen umfassen, sollten umstrukturiert oder abgetrennt werden, und die Aufsicht sollte vollständig auf die verbleibenden Konglomeratsstrukturen ausgerichtet werden. Alle Institute, die Bankgeschäfte betreiben, einschließlich der sogenannten Schattenbanken, sollten der Bankenregulierung unterworfen werden. Alle Bankaktivitäten sollten Kriterien beinhalten, die eine nachhaltige Entwicklung fördern, wie z.B. die Förderung von Aktien von Unternehmen, die umweltfreundliche Produkte herstellen. Spekulative Finanzprodukte, einschließlich Finanzderivate wie Credit Default Swaps, die das systemische Risiko erhöhen, sollten verboten werden. Kapitalgewinne aus kurzfristigen Finanztransaktionen sollten voll besteuert werden. Öffentliche Kontrollen der internationalen Kapitalströme und die Besteuerung von Finanztransaktionen sollten eingesetzt werden, um spekulative Aktivitäten zu beenden und die Macht der Finanzakteure in unserer Gesellschaft zu begrenzen.

Die Coronavirus-Krise hat die Notwendigkeit aufgezeigt, ein universelleres und progressiveres System des sozialen Schutzes in Europa aufzubauen,

das weniger von früheren Beschäftigungsverhältnissen oder dem Beschäftigungsstatus abhängig ist. Telearbeit sollte reguliert werden, um ihre schädlichen Auswirkungen auf Arbeitnehmer:innen und Eltern sowie auf Gewerkschaften und kollektive Maßnahmen zu überwinden. Die Beteiligung der Arbeitnehmer:innen an Gewerkschaften und Tarifverhandlungen sollte gestärkt werden, vor allem dort, wo sie besonders schwach ist, wie in Osteuropa, Griechenland und Irland.

2. Kritische Perspektiven auf den Europäischen Green Deal

Der im Dezember 2019 verkündete European Green Deal (EGD) wurde als historisches Abkommen, ja sogar als »Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment« bezeichnet.¹² Die Staatsoberhäupter der 27 EU-Mitgliedsstaaten einigten sich schließlich auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG) um mindestens 55% bis 2030, wenn auch nach zähen Verhandlungen. Das längerfristige Ziel, auf das man sich zuvor geeinigt hatte, sind Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050. Der EGD stellt ein weitreichendes Paket von Politiken und Prinzipien dar, um »die EU in eine gerechte und wohlhabende Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft umzuwandeln«,¹³ als »Europas Wachstumsstrategie«, wobei das Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden soll; und ist nun im mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) und dem Konjunkturprogramm »Next Generation EU« verankert. Der Schwerpunkt liegt auf einer grünen Wachstumspolitik, flankiert von einem Just Transition-Mechanismus, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des EGD in kohlenstoffintensiven Regionen auszugleichen.

Das EuroMemorandum beharrt seit geraumer Zeit auf der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation in Form eines politischen Programms.¹⁴ Der EGD führt eine nützliche Rahmenperspektive für die Politik in den entsprechenden Bereichen ein. Dennoch ist der EGD im Wesentlichen ein Ansatz für »grünes Wachstum« und beinhaltet keine wesentliche Transformation der Gesellschaft in sozial-ökologischer Hinsicht. Der Schwerpunkt liegt darauf, den Rest der Welt auszustechen, indem man etwa als Erster neue Technologien verwendet, z.B. mit Wasserstoff. Es gibt eine sehr starke Beto-

¹² U. Von der Leyen, Rede im Europäischen Parlament, 11/12/19.

¹³ Europäische Kommission, Der European Green Deal, 11-12-19. ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf

¹⁴ Siehe EuroMemorandum 2020.

nung der Marktmechanismen und des Binnenmarktes, während alternative Normen wie Solidarität und alternative Formen der wirtschaftlichen Organisation, die für eine echte sozial-ökologische Transformation wesentlich sind, weitgehend fehlen. Der Grad der absoluten Entkopplung von Emissionen und Ressourcen vom Wachstum, der notwendig ist, um die Ziele des EGD zu erreichen, wird höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden.¹⁵ In diesem Kapitel stellen wir kritische Überlegungen zu den Schlüsseldimensionen des EGD an, insbesondere zu denen, die das Klima und die biologische Vielfalt betreffen (die beiden »zentralen« planetarischen Grenzen), zum gesellschaftspolitischen Ansatz und zum politischen Umfeld, in dem dieser entstanden ist.

Klima

Die Kommission hat die Klimapolitik in den Mittelpunkt des *European Green Deal* (EGD) gestellt. Doch ihr Ehrgeiz ist viel zu gering. Die 55%ige EU-Reduktion der jährlichen Emissionen von 1990 bis 2030 bedeutet in Wirklichkeit eine 38%-ige Reduktion von 2019-2030.¹⁶ Eine lineare Reduktion bedeutet, dass das Ziel der EU nur eine jährliche Reduktion von 3,5% der Emissionen des Jahres 2019 wäre.

Die jüngste Einschätzung der Vereinten Nationen, der UNEP Emissions Gap Report 2020, besagt, dass zur Begrenzung des Anstiegs der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad eine globale Reduzierung der jährlichen Emissionen 2019-2030 um 56% erforderlich ist. Würde die EU ihre historische Verantwortung und ihre Möglichkeiten wahrnehmen (wie in der UN-Klimarahmenkonvention, dem UNFCCC-Vertrag, gefordert), müsste die entsprechende Reduktion weit über 60% liegen und nicht bei den vorgeschlagenen 38%. Dies würde die gesamte Struktur des Green-Deal-Programms dramatisch beeinflussen.

Der Klimanotstand ist bereits eingetreten, und die Notwendigkeit des sofortigen Handelns kann nicht stark genug betont werden. In Anbetracht der kumulativen Natur des Treibhauseffekts und der Tatsache, dass sich das weltweite Handeln verzögert hat, sind sofortige drastische Reduzierungen erforder-

¹⁵ Siehe e.g. T. Parrique et al.: *Decoupling Debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*, EEB & MESA, 2019; J. Hickel & G. Kallis: *Is Green Growth Possible?*, *New Political Economy*, 2019.

¹⁶ (1) Berücksichtigung der bestehenden Reduktion von 24% von 1990-2019 (Europäische Kommission, *EU Climate Action Progress Report* November 2020); und (2) Beibehaltung der gleichen Sektoren, die die Kommission für 2030 gewählt hat, über den gesamten Zeitraum; die Verwendung der gleichen Sektoren über den Zeitraum 1990-2030 bedeutet, dass der Vorschlag der Kommission für diesen Zeitraum in Wirklichkeit 53% oder weniger beträgt, nicht 55% (CAN Europe, *Media Briefing: Comparing the current at least 40% target with the new draft 55% 2030 Climate Target as proposed by the Commission*, 15-9-20).

derlich; Verzögerungen selbst von nur wenigen Jahren bedeuten im Anschluss umso drastischere Reduktionsanforderungen.¹⁷ Ein Reduktionspfad und ein Fünfjahresplan zur Emissionsreduzierung sind erforderlich.

Darüber hinaus versprochen die reichen Länder den »Entwicklungsländern« 100 Milliarden Dollar pro Jahr für Klimamaßnahmen ab 2020; bis 2018 wurden nur 21 Milliarden Dollar als Zuschussäquivalent erreicht, wobei die EU eine bescheidene Rolle spielt.¹⁸

Energiecharta-Vertrag

Der schnelle Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird zunehmend als kritisch angesehen. Ein großes Hindernis ist jedoch der Energiecharta-Vertrag (ECT). In seinem Kern geht es um den Schutz der Interessen ausländischer Investoren im Energiesektor durch die sogenannte Investor-Staat-Streit-schlichtung von Konflikten (ISDS). Dieser Mechanismus wird von der Industrie für fossile Brennstoffe genutzt, um enorme Entschädigungszahlungen von Regierungen zu fordern, auch von denen in Europa. Entscheidend ist, dass dies dazu geführt hat, dass Länder ihre auf fossile Brennstoffe bezogenen Vorschriften sowie deren Durchsetzung abgeschwächt haben. Die EU hat eine Initiative zur »Modernisierung« des ECT vorgelegt; keiner der hier genannten Kernpunkte wird angesprochen, und die Vorschläge wurden als »ergebniskosmetisch« bezeichnet.¹⁹

Rohstoffe und Bergbau

Solar- und Windenergie sowie Batterien und die Grenzen des Recyclings erfordern den Abbau großer Mengen an Metallen und Mineralien; hohe Stückzahlen einzelner Elektrofahrzeuge würden das Problem noch verschärfen. Viele der Abbaugebiete befinden sich in vorrangigen Schutzgebieten für die biologische Vielfalt²⁰ und bergen ein erhebliches Risiko, dass Zoonosen (übertragbare Infektionskrankheiten) auch auf den Menschen übertragen werden.

¹⁷ Siehe R. Andrew: Global mitigation curves (updated), nach Raupach et al. (2014): folk.universitetetioslo.no/roberan/t/global_mitigation_curves.shtml. Auch Z. Hausfather: UNEP: Net-zero pledges provide an »opening« to close growing emissions' gap, Carbon Brief, 9-12-20: www.carbonbrief.org/unesp-net-zero-pledges-provide-an-opening-to-close-growing-emissions-gap

¹⁸ Oxfam, Climate Finance Shadow Report 2020: Assessing Progress Towards The \$100 Billion Commitment, Oct 2020, S.8. Der Bericht gibt einen Wert von 19%-22,5% an; hier wird der Durchschnitt genommen.

¹⁹ ClientEarth, The Commission's draft proposal for the modernisation of the Energy Charter Treaty – Legal Briefing, 23-4-20.

²⁰ L. Sonter et al.: Renewable energy production will exacerbate mining threats to biodiversity, Nature Communications, 1-9-20.

Um die Versorgungsrisiken zu reduzieren, hat die EU im Rahmen des EGD eine Rohstoffstrategie erarbeitet, die unter anderem eine umfangreiche und schnelle Ausweitung des Bergbaus in Europa vorsieht. 80% des europäischen Lithiumbedarfs, hauptsächlich für Batterien, sollen bis 2025 im Inland gedeckt werden.²¹ Die Form des Lithiumbergbaus in Europa, nämlich seine Gewinnung aus Gestein, wird wahrscheinlich trotz laufender Bemühungen zur Förderung des »nachhaltigen Bergbaus« zu ähnlich umfangreichen Schäden führen, wie sie durch den Bergbau im Globalen Süden verursacht werden. Der »Mangel an öffentlicher Akzeptanz für den Bergbau in Europa« wird zwar eingeräumt; dies soll jedoch im Rahmen der Agenda für bessere Rechtsetzung angegangen werden, »um die Verfahren in den Mitgliedsstaaten zu beschleunigen und zu erleichtern«, was darauf hinzudeuten scheint, dass Vorschriften geändert werden, um die Rahmensetzung für den Bergbau flexibler zu gestalten. Internationale Perspektiven zu Ressourcen werden in Kapitel 5 ausführlicher diskutiert.

Landwirtschaft

Die Hauptursache für den starken Rückgang der Artenvielfalt in Europa ist die intensive Landwirtschaft,²² die auch ein großer Nettoemittent von Treibhausgasen ist. Die »Farm to Fork«- und Biodiversitätsstrategien des *European Green Deal* (EGD) gehen jedoch nicht darauf ein. Am wichtigsten ist, dass die GAP – die für ein Drittel des EU-Budgets verantwortlich ist – dieses Modell der industriellen Landwirtschaft unterstützt, und die derzeitige Neuprogrammierung der GAP, die alle sieben Jahre stattfindet, ist eine entscheidende Gelegenheit, dies zu ändern. Doch der aktuelle GAP-Vorschlag tut dies nicht.

Internationale Handelsabkommen

In der ursprünglichen Ankündigung des European Green Deal (EGD) hieß es, dass die EU ein »glaubwürdiges Beispiel« für die Welt setzen und dies zum Beispiel in ihrer Handelspolitik weiterverfolgen würde. Diese begrüßenswerte Ambition steht bei den aktuellen Verhandlungen mit der Mercosur-Gruppe und Indonesien vor einer entscheidenden Bewährungsprobe. In den beiden Regionen befindet sich ein beträchtlicher Teil der wichtigsten Tropenwälder

²¹ Europäische Kommission, Critical Raw Materials Resilience: Charting a Path towards greater Security and Sustainability, 3-9-20, S.4.

²² Europäische Umweltagentur, State of nature in the EU, 19-10-20; Europäischer Rechnungshof, Biodiversity on farmland: CAP contribution has not halted the decline, Special Report 13/2020, 5-6-20. Natürlich tragen auch die Abholzung der Wälder, die Überfischung und die Ausbreitung der Städte wesentlich dazu bei.

der Welt, die sowohl für das Klima als auch für die Artenvielfalt entscheidend sind. Deren Abholzung findet in massivem Ausmaß statt, um Platz für Landwirtschaft und Bergbau zu schaffen, oft mit staatlicher Unterstützung, während soziale Rechte in großem Umfang verletzt werden.

Die Handelsthemen der EU-Mercosur-Verhandlungen wurden im Juli 2020 abgeschlossen. Ein von der französischen Regierung in Auftrag gegebener Bericht zu den Aspekten der nachhaltigen Entwicklung kam zu dem Schluss, dass große Chancen verpasst wurden, wirksame Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbesserungen in der Mercosur-Region zu fördern, und dass die vereinbarten Klima-, Umwelt- und Arbeitsbestimmungen de facto nicht durchsetzbar sind.²³ Dies deckt sich mit weiteren Kritiken an den jüngsten EU-Freihandelsabkommen.²⁴

Gerechter Übergang und Sozialpolitik

Der EGD betont, dass der Übergang zu nachhaltiger Energie erreicht werden soll, »um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird«. Der Just-Transition-Mechanismus ist das Mittel, mit dem dies erreicht werden soll; er besteht aus drei Teilen. Erstens dem Just Transition Fund (JTF), der jetzt mit 40 Mrd. Euro frischem Geld« von der EU ausgestattet ist, einschließlich einer größeren Finanzspritze aus dem Wiederaufbauprogramm in Höhe von 30 Mrd. Euro; er besteht hauptsächlich aus Zuschüssen. Der JTF wird jenen Regionen zugewiesen, die die höchste Intensität an Treibhausgasemissionen aufweisen, vor allem aufgrund von Industrie und Kohlebergbau, und die mit den größten Arbeitsplatzverlusten konfrontiert sind. Polen, Deutschland und Rumänien sollen 44% der Gesamtmittel erhalten.²⁵ Die Mittel können für Investitionen in KMUs, Forschung & Innovation, Umweltsanierung, saubere Energie und Umschulung verwendet werden. Obwohl dies zweifellos nützlich ist, stellt es keine angemessene Strategie für die regionale Entwicklung dar. Darüber hinaus gibt es das InvestEU-Programm, das private, von der EU garantierte Darlehen beinhaltet, sowie eine neue Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor vonseiten der EIB. In Anbetracht der bestehenden regionalen Ungleichgewichte und der Kohäsionsprobleme ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Budget für den Übergangsmechanismus für

²³ Bericht der Ambec-Kommission an die französische Regierung über die Aspekte der nachhaltigen Entwicklung des EU-Mercosur-Abkommens, September 2020. Synthesis und Empfehlungen in englischer Sprache: www.tse-fr.eu/sites/default/files/TSE/documents/syntheserecommandations_english_.pdf

²⁴ Vgl. z.B. W. Weiss: Die Rolle der Vertragsausschüsse in CETA und anderen aktuellen EU-Freihandelsabkommen, Foodwatch, 28-10-19.

²⁵ ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_931

die anstehenden Herausforderungen ausreicht. Schließlich gibt es auch noch offene Fragen zur Überwachung und zu möglichen Sanktionen in Bezug auf die Rolle des Staates und des Privatsektors bei der Verwaltung dieser Mittel.

Jenseits des Just-Transition-Mechanismus und der speziellen Regionen, auf die er abzielt, gibt es nur sehr begrenzte Ambitionen in sozialer Hinsicht, wobei das wichtige Thema der Energiearmut die meiste Aufmerksamkeit erhält. Die institutionelle Verankerung des EGD im breiteren europäischen Sozialmodell, wie es sich in der Europäischen Säule sozialer Rechte manifestiert, bleibt bestenfalls vage. In seiner derzeitigen Form bietet der EGD keine Plattform, um grundlegendere Veränderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzgarantien oder die Bekämpfung von Armut trotz Erwerbstätigkeit zu verfolgen. In Kapitel 3 werden wichtige Aspekte eines feministischen Green New Deal angesprochen, darunter die Umverteilung von Care-Arbeit, die eine zentrale Komponente sowohl der Wirtschaft als auch der Ökosysteme darstellt, und die Rolle von gesellschaftlich eingebetteten Bottom-up-Lösungen. Während im Zusammenhang mit dem Wiederaufbauprogramm Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit eine neue Bedeutung erlangt haben und Umschulungen ein wichtiger Aspekt eines gerechten Übergangs sind,²⁶ werden die bestehenden Workfare-Politiken und -Institutionen den Anforderungen an zukunftsorientierte Umschulung nicht gerecht. Durch die Institutionalisierung des EGD im Stabilitäts- und Wachstumspakt werden sozial-ökologische Ziele fiskalischen Dogmen untergeordnet – auch wenn dies während der Covid-19-Krise vorübergehend ausgesetzt wurde, obwohl die Empfehlungen des letzten Jahres in Kraft blieben – und damit das Narrativ eines Nullsummenspiels zwischen sozialen Rechten und ökosozialer Transformation reproduziert wurde.

Governance und politische Dimensionen

Der EGD ist offensichtlich das am stärksten lobbyierte Thema in Brüssel,²⁷ auch wenn die Bemühungen, die Transparenzanforderungen auf europäischer Ebene zu erhöhen, in den letzten Jahren kaum zu Fortschritten geführt haben. Auf der Regulierungsebene wird nach wie vor das Prinzip »one

²⁶ ILO, Leitlinien für einen gerechten Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle, 2015. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf. Siehe auch S. Sabato and B. Fronteddu: A socially just transition through the European Green Deal?, ETUI Working Paper 08/2020. www.etui.org/sites/default/files/2020-09/A%20socially%20just%20transition%20through%20the%20European%20Green%20Deal-2020-web.pdf

²⁷ Corporate Europe Observatory, A grey deal? Fossil fuel fingerprints on the European Green Deal, 7-7-20. corporateeurope.org/en/a-grey-deal

in, one out« mit dem Ziel der Reduktion von von Regulierungen versucht zu implementieren, das auf höchster Ebene vorangetrieben und in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 aufgenommen wurde. Dieses Prinzip ist aber schlichtweg unvereinbar mit einem signifikanten sozioökologischen Wandel.²⁸ Das Europäische Semester als wichtigster Koordinations- und Disziplinierungsmechanismus für Klimaschutzziele und nachhaltige Entwicklung wird von vielen progressiven Beobachtern kritisiert. Generationengerechtigkeit und Dekarbonisierung erfordern einen langfristigen Planungshorizont, der auf demokratischen Beteiligungsformen beruhen muss. Der EGD liefert zwar Vorschläge für bürgerschaftliches Engagement, wie z.B. das Klimaforum. Diese haben aber nicht den Umfang oder die Tiefe, die nötig sind, um den ökosozialen Wandel in einem legitimen und demokratischen Prozess zu verankern, insbesondere im Hinblick auf lokalen und regionalen Zusammenhalt und Konvergenz.

Hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen war der EGD bereits Gegenstand eines politischen Kuhhandels, der nichts Gutes für seine Umsetzung und sein Management verheißt. Die Positionierung der »sparsamen Vier« (Österreich, Dänemark, Niederlande, Schweden und später Finnland) gegenüber dem Wiederaufbaupaket und der Frage gemeinsamer Anleihen hat vordergründig die Forderung nach Klimaschutzziele im Haushalt beinhaltet. Die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt steht jedoch in krassstem Widerspruch zu den notwendigen Finanzmitteln für eine sozial-ökologische Transformation. Die politischen und rechtlichen Kompromisse, die die EU weiterhin mit zunehmend autoritären Regierungen z.B. in Polen und Ungarn eingeht, die unverblümt gegen die Rechtsstaatlichkeit agieren und ehrgeizige Klimaziele unterlaufen, tragen weiter dazu bei, die Möglichkeit der Erreichung selbst der begrenzten Ziele des EGD infrage zu stellen.

Dies ist auch relevant, wenn man den EGD aus einer globalen Perspektive betrachtet, insbesondere mit einem Fokus auf die EU-Außenbeziehungen. Der EGD legt großen Wert auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) und betont, dass er diesbezüglich ein Beispiel für den Rest der Welt sein möchte. Allerdings gibt es noch einen beträchtlichen Weg zu gehen. Eine eingehende Analyse der externen Leistung der EU in Bezug auf die SDGs hat auf Basis der von Eurostat bereitgestellten EU-SDG-Indikatoren folgende vernichtende Schlussfolgerungen gezogen: »Sie feiert selbst die langsamsten Fortschritte und ignoriert dringende Herausforderungen, darunter unseren globalen ökologischen Fußabdruck

²⁸ Siehe auch die umfangreiche aktuelle Studie von E. Van den Abeele: »One-in, one-out« in the European Union legal system: a deceptive reform?, ETUI, May 2020.

und Menschenrechtsverletzungen in europäischen Lieferketten. Sie trägt dazu bei, eine Nachhaltigkeitsillusion zu schaffen«. Die Analyse unterstreicht die Notwendigkeit, den relevanten Themen Aufmerksamkeit zu schenken.²⁹

Während es abzuwarten bleibt, wie die Prinzipien und Politiken des EGD in den kommenden Jahren umgesetzt, verwaltet und gesteuert werden, ist bereits jetzt klar, dass der EGD so viel mehr hätte sein können und sollen. Europa und die EU müssen mehr tun, wenn sie die ökosoziale Transformation ernst nehmen wollen.

Auf dem Weg zu einem progressiven Green New Deal – Vorschläge des EuroMemorandums

- Weiterentwicklung der demokratischen Beteiligung am Green Deal zu einem breiten Ansatz für eine sozial-ökologische Transformation, anstatt den Schwerpunkt auf die Marktmechanismen zu legen.
- Beschluss eines Klimaziels für den Zeitraum 2019-2030 von mindestens 60% Reduktion der jährlichen Emissionen, weit mehr als die geplanten 38%, und Einleitung sofortiger – nicht verzögerter – Maßnahmen. Entwicklung eines Reduktionspfads und eines Fünfjahresplans. Dies sollte praktisch alle klimapolitischen Vorschläge verändern. Rascher Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und keine Verlängerung der Nutzung von fossilem Gas z.B. durch »blauen« Wasserstoff. Erhöhung des Zuschussanteils der Klimafinanzierung für Entwicklungsländer um ein Vielfaches. Die EU sollte hier globale Vorreiterin sein, und Klimatechnologien frei verfügbar machen sowie technische Hilfe leisten.
- Wenn die Reform des Energiecharta-Vertrags nicht in einer Weise durchgeführt werden kann, die den problematischen ISDS Mechanismus beseitigt, was sehr wahrscheinlich erscheint, dann sollten alle EU-Mitglieder den kollektiven Austritt aus dem Vertrag erklären und damit dem jüngsten Beispiel Italiens folgen. Die finanzielle Unterstützung des Energiecharta-Vertragssekretariats sollte eingestellt werden. Wie damit umgegangen wird, dass die Bestimmungen des Vertrages noch 20 Jahre nach dem Austritt in Kraft sind, sollte rasch entschieden werden. Die Ausbreitung des ECT auf Afrika und den Rest des globalen Südens, die derzeit im Gange ist, sollte gestoppt werden.³⁰
- Um das Rohstoffproblem deutlich zu vermindern, sollte der zukünftige Verbrauch von Rohstoffen stark reduziert werden. Dazu sollte der Ansatz

²⁹ P. Heidegger, The truth behind the EU's sustainability illusion, META/EEB, 30-9-20.

³⁰ C. Olivet, F. Lumonya und P. Eberhardt, Despite controversy, the Energy Charter Treaty is silently being pushed into Africa, EURACTIV.com, 13-5-20.

geringen Energiebedarfs und die Erreichung des 1,5-Grad-Ziels in der Zukunft als Basis verwendet werden.³¹ Dies führt in die grobe Richtung eines Suffizienz-Ansatzes und nicht zur Maximierung des Wachstums. Die Gesellschaft sollte viel stärker in die Ausarbeitung des zu verfolgenden Ansatzes und in die schwierigen gesellschaftlichen Entscheidungen einbezogen werden, anstatt den Prozess weitgehend auf die Versorgungsinindustrien zu beschränken.

- Eine grundlegende Neuausrichtung des EU-Ansatzes zur Handelspolitik sollte erfolgen, bei der alle Aspekte der nachhaltigen Entwicklung viel ernster genommen werden; dies ist notwendig, wenn die vorgeschlagene Rolle der EU im Green Deal als Vorreiter in der Welt Substanz haben soll.
- Der GAP-Vorschlag der vorherigen Kommission sollte zurückgezogen werden und durch einen neuen Vorschlag ersetzt werden, der die Ziele des Green Deal tatsächlich unterstützt.³² Dazu sollte eine Umstellung auf regenerative Landwirtschaft auf Basis der Agrarökologie erreicht werden, u.a. unterstützt durch Finanzierungsaufgaben statt Empfehlungen, sowie eine Verlagerung der Stützungszahlungen von größeren auf kleinere Betriebe. Die intensive und erfolgreiche Lobbyarbeit der großen Unternehmen, die das Modell der ressourcenintensiven Landwirtschaft unterstützen, muss unterbunden werden. Die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) im Jahr 2021 sollte genutzt werden, um deren Anreize zur Herstellung von Holzbiomasse zu beenden, durch welche die Zerstörung geschützter Wälder in Europa vorangetrieben wird.
- Der Vorschlag zur Einführung des Prinzips »One-in, one-out« im Bereich Regulierung sollte fallen gelassen werden, da er völlig unvereinbar mit dem Green Deal ist.
- Die Aspekte zur Förderung nachhaltiger Entwicklung im Europäischen Semester sollten beibehalten und weiterentwickelt werden. Die Rückkehr zur Leitlinie der Austerität sollte aufgegeben werden, indem die Empfehlungen des Vorjahres beibehalten werden.

³¹ Wird z.B. im IPCC-Szenario »Niedriger Energiebedarf« (»LED«) angenommen, um ohne die riskante großtechnische Kohlenstoffabscheidung und -speicherung in der Nähe von 1,5 Grad zu bleiben. IPCC, Special Report 1.5, 2018.

³² ClientEarth, CAP conflict: Is the European Commission breaching its legal duties?, Briefing, 8-7-20; Can the EU Commission scrap its CAP plan?, Euractiv, 26-11-20.

3. Feministische Ansätze für einen Care und Green New Deal

Alle Krisen haben geschlechtsspezifische sozioökonomische Auswirkungen, die sich aus der unterschiedlichen Stellung von Frauen und Männern in den Beschäftigungs- und Sozialschutzsystemen und der Aufteilung der unbezahlten häuslichen Arbeit und Pflege ergeben. Die Art der jeweiligen Krise und die zu ihrer Bewältigung umgesetzten Maßnahmen sind jedoch zusätzliche Determinanten für geschlechtsspezifische Unterschiede bei den sozioökonomischen Auswirkungen.

Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Krise

Die derzeitige Wirtschaftskrise unterscheidet sich in ihrer Art stark von früheren Krisen, da sie ihren Ursprung in einem Gesundheitsproblem (Pandemie) und der politischen Reaktion zur Begrenzung ihrer Ausbreitung (Lockdowns) hat. Die Covid-19-Pandemie hat das wirtschaftliche, soziale und alltägliche Leben der Bevölkerung in allen Ländern tief greifend gestört und hat Frauen in mehrfacher Hinsicht unverhältnismäßig stark betroffen.

Erstens hat die Gewalt von Männern gegen Frauen seit Beginn der sozialen Isolation zugenommen, zusammen mit der Überbelegung auf engem Raum; die sozioökonomische Unsicherheit hat die Vulnerabilität von Frauen gegenüber misshandelnden Partnern, Familienmitgliedern und Pflegepersonal erhöht.

Zweitens ist die unbezahlte Haus- und Pflegearbeit während des Lockdowns aus einer Vielzahl von Gründen stark angestiegen. Schulen und Kindergärten wurden geschlossen und Dienstleistungen für ältere und behinderte Menschen ausgesetzt, eingeschränkte Möglichkeiten für Krankenhausaufenthalte zwangen Nicht-Covid-19-Patient:innen, zu Hause zu bleiben, Großeltern standen nicht mehr für die Kinderbetreuung zur Verfügung, und die Unterbindung von persönlichen Pflegenetzwerken betraf sowohl die Pflegekräfte als auch die Pflegebedürftigen, zwei Gruppen, die überwiegend weiblich sind. Die Zunahme an unbezahlter Haus- und Pflegearbeit fiel hauptsächlich auf die Schultern von Frauen und verschärfte die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen, die außer Haus arbeiten, und solche, die von zu Hause aus arbeiten.

Drittens sind weibliche Beschäftigte, die mehrheitlich in den wesentlichen Dienstleistungssektoren arbeiten (Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Lebensmittel- und Medikamentenversorgung, Reinigung usw.), die körperliche Anwesenheit und sozialen Kontakt erfordern, stärker von Covid-19, hoher Arbeitsintensität und langen Arbeitszeiten betroffen. Viertens: Unzureichende Personalausstattung und fehlende Schutzausrüstungen in Einrich-

tungen der Altenpflege haben eine große Anzahl älterer Menschen betroffen, von denen die Mehrheit Frauen sind. Fünftens: Frauen waren von der Beschäftigungskrise etwas stärker betroffen als Männer.

Im Gegensatz zu früheren Krisen, bei denen die von Männern dominierten Sektoren Bauwesen und Industrie als erste betroffen waren, hat die Pandemie den von Frauen dominierten Dienstleistungssektor (Groß-/Einzelhandel, Beherbergungs- und Verpflegungsdienstleistungen, persönliche Dienstleistungen, Dienstleistungen für Haushalte) erheblich geschädigt. Darüber hinaus haben der hohe Anteil von Verlusten bei befristeten, Gelegenheits- und informellen Arbeitsplätzen und die Überrepräsentation von Frauen unter den Arbeitnehmer:innen, die diese ausüben, Frauen anfälliger für den Verlust von Arbeitsplätzen gemacht und ihren gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigungs- und Einkommensschutzmaßnahmen behindert, welche in allen EU-Ländern eingeführt wurden.

So hatten beispielsweise in vielen Ländern Hausangestellte, Saisonarbeiter:innen, Teilzeitbeschäftigte oder geringfügig Beschäftigte, von denen die Mehrheit Frauen sind, keinen Zugang zu Kurzarbeit und befristeten Krisenregelungen. Schließlich waren Frauen die Hauptleidtragenden des Zusammenbruchs in Sektoren mit saisonalen Aktivitäten wie dem Tourismus. Dies trägt dazu bei, die sehr schwache Erholung der Frauenbeschäftigung im dritten Quartal 2020 zu erklären, nachdem die Lockdown-Beschränkungen aufgehoben wurden und das BIP in der EU-27 um 11,5% stieg.

Tatsächlich zeigen die Daten der EU-AKE-Erhebung, dass die Gesamtbeschäftigung von Männern und Frauen in der EU-27 während des ersten Lockdowns- und der darauffolgenden Wiederöffnungs- bzw. Erholungsphase in etwa gleich stark zurückging (2,9% bzw. 2,8%), während die Beschäftigung von Männern während des Aufschwungs der Wirtschaftstätigkeit in allen EU-Mitgliedsstaaten im dritten Quartal 2020 schneller zunahm als die Beschäftigung von Frauen (1,4% gegenüber 0,8%). Außerdem sank in der EU-27 insgesamt die Frauenarbeitslosigkeit um 4,8%, während die Männerarbeitslosigkeit während der Wiederöffnungs- bzw. Erholungsphase der Covid-19-Krise um 2,6% anstieg, aber im dritten Quartal 2020 schneller zunahm als die Männerarbeitslosigkeit (20,5% gegenüber 10,1%). Die soeben beschriebenen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkteffekte der Covid-19-Krise deuten auf das mittelfristige Risiko unzureichender Einstellungschancen für Frauen hin, sobald die Krise vorüber ist. Dies kann zu einem Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit und des entsprechenden Gendergap führen.

Politiken und Initiativen der EU

Anfang März 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre neue mittelfristige Gleichstellungsstrategie 2020-2025,³³ welche Fortschritte im Vergleich zur vorherigen Strategie enthält, indem sie die EU-Maßnahmen und die Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Schließung der Betreuungslücke in Europa verstärkt. In Bezug auf Letzteres fordert die Strategie die EU-Mitgliedstaaten nicht nur auf, über die Mindeststandards der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus dem Jahr 2019 hinauszugehen, was den Urlaub aus familiären Gründen und flexible Arbeitsregelungen für Arbeitnehmer:innen betrifft, sondern auch die Annahme des Kommissionsvorschlags für eine Kindergarantie im Jahr 2021 und die Überarbeitung der Barcelona-Ziele für Kinderbetreuungsquoten. Zudem wurde den EU-Mitgliedsländern Unterstützung aus dem EU-Wiederaufbaufonds für Investitionen in frühkindliche Erziehungs- und langfristige Kinderbetreuungsangebote zugesagt.

Einige Monate zuvor hatte der Vorschlag der neuen Kommission zum *Europäischen Green Deal* (EGD) eine wichtige Debatte über die politischen Prioritäten ausgelöst, die zur Bewältigung der globalen Klimakrise notwendig sind.³⁴ Kritische Feminist:innen und Klimagerechtigkeitsaktivist:innen bringen eine feministische und intersektionale Perspektive in die Debatte ein. Gleichzeitig haben wichtige zivilgesellschaftliche Akteure wie die Europäische Frauenlobby die Gelegenheit ergriffen, einen »Care Deal für Europa« vorzuschlagen, der auf einer feministischen Wirtschaftsagenda zugunsten einer »Care Economy« basiert, die während und nach der globalen Finanzkrise 2008 erarbeitet wurde.³⁵

Die Pandemie hat feministischen Ansätzen zu wirtschaftlicher Entwicklung neue Impulse gegeben, die nach der jüngsten interinstitutionellen Vereinbarung über den siebenjährigen EU-Haushalt einschließlich des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und des neuen EU-Finanzinstruments der nächsten Generation (NGEU), das die EU-Länder bei einer ehrgeizigen, nachhaltigen und inklusiven Erholung von Covid-19 unterstützen soll, noch aktueller sind. Die Vereinbarung sah die Aufnahme von Gender Mainstreaming und Gender-Budgeting als horizontale Prioritäten des MFR und des

³³ Siehe eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0152&from=EN

³⁴ Siehe ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_en.pdf

³⁵ Die Agenda wurde von einer bedeutenden Anzahl von feministischen Ökonominnen ausgearbeitet (D. Elson, R.E. Pearson, N. Fraser, I. Illkarakan et al.) womenlobby.org/Purple-Pact-It-s-Time-for-a-Feminist-approach-to-the-Economy

NGEU vor, nachdem das Europäische Parlament dies gefordert hatte.³⁶ Allerdings sollen diese Maßnahmen erst ab 2023 implementiert werden und auch nicht für alle Programme, sondern nur für »zentral verwaltete« Programme.

Die Notwendigkeit eines »Care Deal«

Feministische Ökonom:innen haben immer auf der zentralen Bedeutung der Care-Arbeit für die soziale Reproduktion, aber auch für die Reproduktion von Geschlechterungleichheiten bestanden, da Pflegearbeiten hauptsächlich von Frauen geleistet werden. Sie haben den immensen gesellschaftlichen Wert von Care-Arbeit, sei es beruflich oder unbezahlt, unterstrichen und die Entwicklung sozialer Pflegedienste unterstützt, um Frauen zu ermöglichen, gleichberechtigt mit Männern einer bezahlten Arbeit nachzugehen.

Die Pandemie hat das Thema der Care-Arbeit an die Spitze der gesellschaftlichen Prioritäten gebracht, indem sie das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der öffentlichen Gesundheitssysteme zur Gewährleistung des Rechts der Bürger auf Gesundheitsversorgung geschärft hat. Sie hat auch das breite Spektrum der Pflege sichtbar gemacht, das die soziale und persönliche Pflege, die Bildung und die Gesundheitsfürsorge umfasst und all jene einschließt, die sich in einem Zustand der Abhängigkeit befinden und Hilfe benötigen: Kinder, gebrechliche ältere Menschen und Behinderte, aber auch Opfer von Gewalt, Obdachlose, Drogenabhängige, Geflüchtete usw. Darüber hinaus hat sie die vorherrschende Rolle von Frauen in der sozialen Reproduktion in den Vordergrund gerückt, sowohl als Hauptträgerinnen der unbezahlten häuslichen Pflege als auch als überwältigende Mehrheit der persönlichen Pflegekräfte und der Beschäftigten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Nicht zuletzt hat die Pandemie erneut gezeigt, dass die Pflegearbeit unterbewertet ist. Die Arbeitsbedingungen und der Status von Pflegekräften sind oft ungleich und die Löhne niedrig, wobei die Unterbewertung der Pflegearbeit auch auf das Geschlecht zurückzuführen ist, das sich mit anderen Formen der Ungleichheit und Benachteiligung überschneidet. Der formale Gesundheitssektor und die persönliche Pflege älterer und behinderter Menschen stützen sich überwiegend auf weibliche Arbeitskräfte mit prekärem Beschäftigungsstatus, die informell arbeiten oder die erst kürzlich eingewandert sind, wie Migrant:innen, Geflüchtete oder Angehörige ethnischer Minderheiten.

Die Pandemie hat somit die Überzeugungskraft einer feministischen Wirtschaftagsagenda gestärkt, die massive öffentliche Investitionen in Gesundheit, Bildung und soziale Betreuung fordert. Dies würde einen nachhaltigen und

³⁶ Siehe Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 17. bis 21. Juli 2020m (2020/2732(RSP)).

beschäftigungsintensiven Aufschwung fördern und letztlich zu einem paradigmatischen Wechsel hin zu einer »Care Economy« führen. Letztere könnte als eine Wirtschaft definiert werden, in der erstens der Zugang zu qualitativ hochwertiger Pflege in jedem Alter ein universelles soziales Recht und nicht eine marktwirtschaftliche Leistung oder eine private, familiäre Verantwortung ist, zweitens die Produktion von Pflege und Pflegearbeit von der Gesellschaft wertgeschätzt wird und drittens Pflegekräfte menschenwürdige und faire Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen genießen und gleich behandelt werden.

Ein Green New Deal für Europa: eine feministische Perspektive

Die Klimakrise ist aus ineinandergreifenden Dimensionen des Kapitalismus entstanden (z.B. Ressourcenausbeutung, Ausbeutung der Arbeitskraft, Kommodifizierung der Natur, Imperialismus und Militarismus). Sie hat historische Wurzeln in der Ausbeutung von versklavten Menschen,³⁷ deren Arbeit zur Schaffung von Reichtum im Globalen Norden und des anhaltenden systemischen Rassismus, der die globale Ungleichheit vertieft und institutionalisiert, beigetragen hat.

Um die Ursachen sowie den Umfang und das Ausmaß der Klima- (und Covid-19)-Krise anzugehen, muss ein radikaler *Green New Deal* (GND) in seinem Ansatz bereichsübergreifend sein, sich strikt an feministischen Prinzipien orientieren und danach streben, historische Unterdrückungen zu bekämpfen. Es besteht ein Bedarf an einer Transformation von unten nach oben, mit Berücksichtigung von spezifischen Gruppen (wie ethnische und rassische Minderheiten, Frauen, Migrant*innen, LGBTQI-Menschen, junge Menschen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung usw.), um eine sinnvolle Beteiligung der Basis zu gewährleisten. Dieses Fehlen eines inklusiven zivilgesellschaftlichen Engagements könnte zum Teil die Unsichtbarkeit der Genderdimension in bestehenden Green-Deal-Plänen erklären.

Viele Vorschläge plädieren für Dezentralisierung und die demokratische Kontrolle der lokalen Wirtschaft. Sie fordern neue Formen des Eigentums in Form von Kooperativen, Unternehmen in Arbeiter-/Gemeindebesitz, öffentlichen/kommunalen Unternehmen und mehr. Diese Veränderungen könnten Frauen zugutekommen, indem sie die weibliche Beteiligung und Macht innerhalb von Entscheidungsprozessen erhöhen und die Gleichstellung der Geschlechter von Anfang an verankern. Um den bestmöglichen Zugang zu gewährleisten, müssten diese Maßnahmen Hand in Hand mit der Bereitstel-

³⁷ Mezzadri, A. (2019): On the Value of Social Reproduction: Informal Labour, the Majority World and the Need for Inclusive Theories and Politics. *Radical Philosophy*, 2(4), S. 33–41.

lung der notwendigen Unterstützung für die Teilnahme gehen (z.B. Kinderbetreuung, zugängliche Räume, Langzeitpflegeleistungen).

Es gibt eine zunehmende Einbindung der feministischen Ökonomie in den Entwurf eines GND, der die Volkswirtschaften reformieren und gleichzeitig die CO₂-Emissionen drastisch reduzieren soll. Als Ergebnis der Bemühungen von feministischen Umweltschützerinnen wird auch zunehmend berücksichtigt, wie ein GND gut für die Geschlechtergerechtigkeit sein könnte, wenn feministische Umweltziele einbezogen würden.

Zwei Prinzipien sind für einen ökofeministischen analytischen Rahmen relevant:³⁸

1. Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit als zentrale Bestandteile sowohl der Wirtschaft als auch der Ökosysteme anzuerkennen;
2. Die sozialen und ökologischen Kosten der privatisierten gesellschaftlichen Reproduktion zu reduzieren, indem sie innerhalb der Gesellschaft gerecht verteilt und so organisiert werden, dass eine effiziente Nutzung von Zeit und materiellen Ressourcen möglich ist und möglichst wenig Abfall entsteht.

Feministische Ökologische Ökonomie erkennt Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung von weiblicher Sorgearbeit und der Ausbeutung der Ressourcen der Erde.³⁹ Sie sieht den ökologischen/klimatischen Notstand und die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion (oft einfach als Care bezeichnet)⁴⁰ als miteinander verknüpft und sich gegenseitig bedingend. Sie entsteht aus der Überlastung derjenigen, die Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion tragen – in der überwiegenden Mehrheit Frauen –, und die auch zunehmend die Kosten der ökologischen Krise und der Maßnahmen zu ihrer Behebung schultern.

Die Erbringung unbezahlter Pflege- und Hausarbeit durch Frauen in den einzelnen Haushalten ist nicht nur eine kostenlose Subvention, die ein kontinuierliches kapitalistisches Wachstum in den reichen Ländern ermöglicht, sondern sie ermöglicht auch eine Konsumkultur, von der weithin anerkannt wird, dass sie die biophysikalischen Grenzen eines endlichen Planeten über-

³⁸ Dabei wird auf den 3R-Rahmen von Diane Elson zurückgegriffen, siehe Elson, D. (2017): Recognize, Reduce, and Redistribute Unpaid Care Work. *New Labor Forum*, 26(2), S. 52–61.

³⁹ Bereits im September 2019 hat eine Koalition von Frauenrechts- und Klimaaktivistinnen in den USA, darunter die WEDO (Women's Environment and Development Organization), eine »Feministische Agenda für einen Green New Deal« vorgestellt (siehe unten). Ganz aktuell hat die Women's Budget Group einen »Feminist Green New Deal for the UK« vorgestellt, verfügbar unter: wbg.org.uk/wp-content/uploads/2020/05/Feminist-Green-New-Deal.pdf

⁴⁰ Für eine umfassende Definition von Care, die sowohl bezahlte als auch unbezahlte Carearbeit einschließt und sie als grundlegend für wirtschaftliche, soziale und politische Systeme erklärt, siehe Tronto, J. (2013): *Caring Democracy: Markets, Equality and Justice*. NYU Press.

schritten hat.⁴¹ Das zentrale Element der Hausarbeit für die Wertgenerierung im Kapitalismus war der Hauptgegenstand von Leopoldina Fortunatis Buch *The Arcane of Reproduction* (1981), in dem sie die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion als kapitalistische Fiktion entlarvt. Im Kapitalismus ist und erscheint die Produktion wertbildend. Die Reproduktion wird als das Reich des »Nicht-Wertes« naturalisiert. Diese Fiktion erweitert die (männliche) Produktivität, da viele Tätigkeiten, auf denen sie beruht, unbezahlt bleiben (Fortunati 1981: 10). Als »freie« Arbeiter:innen im Kapitalismus sind die Individuen allen Wertes beraubt, außer dem der Arbeitskraft, die sowohl die im Arbeitenden »enthaltene« Ware als auch das Wertmaß aller produzierten »Dinge« ist. Das widersprüchliche Vorhandensein von sowohl Wert als auch Nicht-Wert geht von jedem Individuum aus, aber nur die lohnabhängigen Produktionsarbeiter:innen sehen ihren Wert anerkannt. Reproduktionsarbeiter:innen – Frauen und subalternen Gruppen – wird die Anerkennung verweigert, und ihre Arbeitszeit wird als eine persönliche Dienstleistung betrachtet, die in einer sozialen Beziehung des privaten Austauschs »angeboten« (oder bezahlt, sofern kommerziell angeboten) wird.⁴²

Es ist also durchaus möglich, eine *Post-Carbon Economy* zu schaffen und gleichzeitig nichts gegen die ungerechte haushaltsinterne Aufteilung der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen zu unternehmen.

Im Gegensatz dazu müssen Pläne für einen radikalen GND, um soziale Ungleichheit zu adressieren, explizit auf die geschlechtsspezifischen Ergebnisse jeder vorgeschlagenen Politik eingehen. Wie wird ein GND zum Beispiel in einer Stadt ohne Autos den erhöhten Zeit- und Arbeitsaufwand angehen, der jetzt mit dem Einkaufen für eine Familie verbunden ist? Wer wird die Gläser und Windeln waschen, wenn Plastik nicht mehr die Bequemlichkeit von Einweggeschirr bietet? Fragen wie diese müssen in einer Weise beantwortet werden, die die Gleichstellung der Geschlechter fördert, anstatt den Anteil der Frauen an Arbeit und Verantwortung zu erhöhen.

Die Pläne des Green New Deal stellen diese Verbindung derzeit nicht her, sondern konzentrieren sich darauf, wie Privathäuser energieeffizienter gemacht werden können und wie Einzelpersonen dazu gebracht werden können, sich für nachhaltige Praktiken wie Wasser- und Energiesparen und Abfallrecycling einzusetzen. Es gibt keine Überlegungen dazu, wie alltägliche

⁴¹ Siehe die aktuelle Version von Barca, S. (2020): *Forces of Reproduction*. Cambridge University Press.

⁴² Mezzadri, A. (2020): *A Value Theory of Inclusion: Informal Labour, the Homemaker, and the Social Reproduction of Value*. Antipode, doi.org/10.1111/anti.12701

Lebenspraktiken ressourceneffizienter gestaltet werden können oder wie Lebensräume so gestaltet werden können, dass sie die Ökoeffizienz maximieren und gleichzeitig den Zeitaufwand für die Ausführung von Care-Arbeiten reduzieren. Während der Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft ein großes Potenzial bietet, eine Vielzahl von normalisierten Merkmalen des täglichen Lebens neu zu überdenken, haben Erkenntnisse von feministischen Architektinnen, feministischen Stadtplanerinnen und feministischen Verkehrsplanerinnen noch keinen Eingang in die bestehenden Pläne des Green New Deal gefunden.

Vorschläge des EuroMemorandums für einen Feministischen Green New Deal

Alle Mitglieder der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sind aufgefordert, zu einem auf feministischen Prinzipien basierenden Green New Deal beizutragen. Wichtige Prinzipien und Vorschläge wurden in verschiedenen aktuellen Stellungnahmen vorgeschlagen, unter anderem in der *Feministischen Agenda für einen Green New Deal*. Unserer Meinung nach sollte den folgenden Themen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden:

- *Die Erkenntnis, dass es so etwas wie eine nationale Klimapolitik nicht gibt.* Mehr denn je müssen wir die Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenpolitik verstehen. Wir können die Klimakatastrophe nur abwenden, wenn die EU mit dem Rest der Welt zusammenarbeitet, um den Klimawandel abzumildern und eine feministische Außenpolitik voranzutreiben, die den Menschen und ihren Gemeinschaften dient und nicht von profitwirtschaftlichen, militarisierten oder ausbeuterischen Agenden vereinbart wird.
- *Die Konfrontation ausbeuterischer und nicht nachhaltiger Produktionsmuster.* Die Wurzeln der Klimakrise liegen in einem Wirtschaftssystem, das Unternehmenseigier, nicht-nachhaltige Produktion und Profitstreben über das Wohl der Menschen und des Planeten stellt. Dieses endlose Streben nach materiellem Wachstum gibt den fossilen Brennstoffindustrien, dem Bergbau und den umweltverschmutzenden Industrien Macht, also jenen Industrien, die am meisten für den Klimawandel verantwortlich sind. Diese Muster systemisch anzugehen, erfordert zivilgesellschaftliches Engagement, den Aufbau von sozialen Bewegungen, öffentliche Bildung und die Organisation mit Arbeiter:innen. Bei der Diskussion über die ökologischen Grenzen kapitalistischer Produktionsmuster ist es in der Tat notwendig, Maßnahmen wie das Universelle Grundeinkommen (UBI), die Universelle Grundversorgung (UBS) und die Universelle Basisinfrastruktur (UBInf) zu diskutieren. UBI behauptet, neue Wege zur Subsistenz zu

bieten. Aber UBS ist ein Vorschlag, die Bereitstellung bestimmter Basisdienstleistungen aus der Warensphäre herauszunehmen und sie allen, welche sie benötigen, kostenlos zur Verfügung zu stellen: Sozialwohnungen zum Nulltarif, kostenlose Mahlzeiten für Haushalte mit Ernährungsarmut, kostenlose Busfahrkarten für Menschen jeden Alters und kostenlose Telefon-, Internet- und TV-Lizenzen für alle.⁴³

- *Schaffung von regenerativen Ökonomien, die systemischen, feministischen Alternativen den Vorrang geben.* Ein gerechter Übergang muss Ungleichheiten bei Macht und Reichtum angehen, während gleichzeitig der Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien erfolgt. Das bedeutet, einen extraktiven, ungerechten Status quo in neue, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsstrukturen zu transformieren, die die Regenerationsfähigkeit der Natur respektieren und ausgleichen. Wir müssen von der Privatisierung und Kommerzialisierung der Natur zu einer nachhaltigen, gerechten Produktion und Ressourcennutzung übergehen. Dazu gehört auch die Einsicht, dass das Bruttoinlandsprodukt ein unzureichender und schädlicher Wirtschaftsindikator ist und dass Alternativen erforderlich sind, die Lebensqualität und Wohlbefinden messen und nicht die Produktion. Feministische Ökonomie zeigt außerdem, dass Frauen weltweit seit Langem unverhältnismäßig viel Arbeit wie Hausarbeit, Kindererziehung und Seniorenarbeit leisten. Diese Arbeit ist fast immer unbezahlt, wird unterbewertet und ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf allen Ebenen unsichtbar. Unsere Gesellschaft ist auf Care-Arbeit aufgebaut und von ihr abhängig, und es ist eine wertvolle, kohlenstoffarme, gemeinschaftsbasierte Arbeit, die in unserer neuen Wirtschaft aufgewertet und in den Mittelpunkt gestellt werden sollte.
- *Nutzung des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus nach der Covid-19-Pandemie, um die »Pflegerwirtschaft« zu fördern:* Die »Care-Ökonomie« ist integraler Bestandteil einer progressiven Alternative für die sozial-ökologische Transformation Europas, welche (a) die Bedeutung der Care-Arbeit in den europäischen Gesellschaften und das Recht der Bürgerinnen und Bürger, für andere zu sorgen und gepflegt zu werden, anerkennt, (b) die Notwendigkeit, die Care-Arbeit neu zu bewerten und die relativen Löhne der Beschäftigten in den wesentlichen Dienstleistungen zu erhöhen, (d) die Notwendigkeit, dass die nationalen Wiederaufbauprogramme aller EU-Länder nicht nur umfangreiche öffentliche Investitionen

⁴³ Lombardozzi, L. and Pitts, F. H. (2019): Social form, social reproduction and social policy: basic income, basic services, basic infrastructure. *Capital and Class*, S. 1-22; DOI: doi.org/10.1177/0309816819873323

zur Förderung einer »grünen Wirtschaft« beinhalten, sondern auch umfangreiche soziale Investitionen in die »Care-Wirtschaft«, um das Pflege-defizit der alternden Gesellschaften zu bekämpfen, den Wohlfahrtsstaat gegen künftige Gesundheitskrisen zu stärken und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die feministische Agenda zu einem Care und Green New Deal konvergiert, indem sie die soziale Reproduktion, die Wertschätzung von Care, menschenwürdige Care-Arbeit und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der sozial-ökologischen Transformation der EU-Länder stellt.

4. Der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft: Industriepolitik, grüner Übergang und das Gesundheitssystem

Die Covid-19-Pandemie hat große strukturelle Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften, schwächt die Produktionskapazitäten, vergrößert die Ungleichheiten zwischen den Ländern und Regionen und verlangsamt den grünen Übergang.

Diese Auswirkungen wurden von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der aktuellen Krise weitgehend ignoriert. Die Kriterien für die Zuteilung der Mittel des Programms »Next Generation EU« beinhalten Anforderungen für Investitionen und grüne Projekte, aber Maßnahmen in diese Richtungen werden bis weit in das Jahr 2021 hinein stattfinden, sobald die Länder jeweils ihren »Nationalen Plan für Erholung und Resilienz« vorgelegt haben und die EU-Verfahren vereinbart sind. Der *European Green Deal* (EGD) stellt einige Mittel für die Finanzierung des grünen und nachhaltigen Übergangs zur Verfügung, aber die Verbindungen mit der Herausforderung des Wiederaufbaus von Volkswirtschaften nach der Pandemie bleiben unterentwickelt. Selbst die Mittel der EIB zur Unterstützung von Investitionsprojekten scheinen keine Konditionalität in Bezug auf ihren Beitrag zum Entstehen neuer, »grünerer« Produktionskapazitäten zu haben. Andere EU-Politiken – die Bereitstellung von Geld und Krediten, Fonds wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), die Unterstützung zur Abmilderung von Arbeitslosigkeitsrisiken im Notfall (SURE) oder der Kohäsionsfonds – ignorieren die strukturellen Herausforderungen, vor denen die europäischen Volkswirtschaften nach Covid-19 stehen. Tatsächlich war die vorübergehende Aussetzung des EU-Verbots staatlicher Beihilfen für Unternehmen für 2020 und (hoffentlich) 2021 die wichtigste EU-Maßnahme, die den nationalen Regierungen einen wichtigen politischen Spielraum

in dieser Richtung verschafft hat. Allerdings waren die Auswirkungen stark asymmetrisch: In den ersten Monaten der Krise entfielen 52% der von der Kommission genehmigten Mittel auf Deutschland, gegenüber 17% in Frankreich und Italien. Das deutsche Produktionssystem wird also weit mehr durch öffentliche Mittel gestützt als das anderer Länder.

Wenn wir uns die nationalen Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie-Krise ansehen, finden wir recht unterschiedliche Muster. Große Länder haben makroökonomische und einkommensstützende Maßnahmen mit wichtigen Aktionen kombiniert, die sich mit industriellen und ökologischen Prioritäten befassen. Die meisten anderen Länder haben sich auf Nothilfen für Haushaltseinkommen und Unternehmen beschränkt.

Deutschland plant seit Langem wichtige Investitionen in die Nachhaltigkeit des Produktionssystems und in erneuerbare Energien (Neustart der *Energiewende*), hat eine Strategie für Hightech-Branchen entwickelt («Neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland») und hat eine europaweite Strategie für die Automobilindustrie mit bis zu 5,9 Mrd. Euro Förderung ausgearbeitet.⁴⁴

Im Februar 2020 publizierte die französische Regierung das Dokument »Faire de la France une économie de rupture technologique«,⁴⁵ in dem für vorrangige Forschungsbereiche, die auf eine größere »technologische Souveränität« Frankreichs abzielen, Unterstützung durch umfangreiche öffentliche Mittel vorgesehen sind. Im Mai 2020 wurde der »Plan de soutien à l'automobile. Pour une industrie verte et compétitive« veröffentlicht, der die Kombination von privaten und öffentlichen Mitteln vorsieht, mit dem Ziel, Frankreich zum führenden Hersteller von Elektroautos zu machen.

Im Jahr 2019 hat das Vereinigte Königreich eine Industriestrategie auf den Weg gebracht, die auf vier »großen Herausforderungen« basiert (künstliche Intelligenz und Daten, alternde Gesellschaft, grünes Wachstum, Zukunft der Mobilität), um das Land in diesen Bereichen an die Spitze zu bringen. Darüber hinaus hat das Vereinigte Königreich als Reaktion auf die Pandemie im November 2020 einen neuen Klima- und Energieplan auf den Weg gebracht, der das Ziel beinhaltet, die Zulassung neuer Autos mit Verbrennungsmotoren (Diesel oder Benzin) bis 2030 zu beenden. Es ist nicht klar, ob auch Hybridautos verboten werden sollen; ältere Autos sollen weiterhin fahren dür-

⁴⁴ www.dw.com/en/germany-to-pump-additional-3billion-in-ailing-automotive-industry/a-55641102; www.bloombergquint.com/business/germany-s-embattled-auto-industry-looks-to-merkel-for-a-restart; www.bloomberg.com/news/articles/2020-10-09/germany-mounts-car-sales-comeback-powered-by-electric-models

⁴⁵ www.economie.gouv.fr/remise-rapport-faire-france-economie-rupture-technologique#

fen. Diese Politik zielt darauf ab, private Investitionen in Elektrofahrzeuge und alternative Mobilitätssysteme zu lenken.

Umgekehrt hat Italien auf pauschale Subventionen für Unternehmen gesetzt, ungeachtet der Auswirkungen der Covid-19-Krise auf diese, und hat großen Unternehmen – einschließlich FCA (ehemals FIAT), das jetzt mit Peugeot zu Stellantis fusioniert – große staatlich garantierte Kredite und Steuererleichterungen gewährt, ohne Bedingungen in Bezug auf F&E- und Investitionsverpflichtungen, grünen Übergang oder Arbeitsplatzschutz.

Spanien ist dem italienischen Modell der Subventionen für Firmen und Sektoren gefolgt, die besonders von der Pandemie betroffen sind, wie z.B. der Tourismus, mit zusätzlichen öffentlichen Programmen für Infrastruktur und E-Commerce. Die wichtigste Neuerung der Mitte-Links-Regierung in Madrid war die Entscheidung, die Krisenmaßnahmen mit einer progressiveren Besteuerung von Spitzenverdienenden, von Unternehmensdividenden und Kapitalgewinnen sowie von Immobilienmieten zu finanzieren und die Steuer auf individuelle Vermögen über 10 Millionen Euro um einen Prozentpunkt zu erhöhen.

Die meisten anderen europäischen Länder haben allgemeine Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen eingeführt, die keinen starken industriepolitischen Schwerpunkt haben. So wurde in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern dem Rückgang der Nachfrage und der Produktion in der Automobilindustrie nicht mit größeren industriepolitischen Maßnahmen begegnet.⁴⁶

In diesem Zusammenhang werden die asymmetrischen Auswirkungen der Pandemie – die schwache Volkswirtschaften und Regionen stärker treffen als die stärkeren – wahrscheinlich durch die asymmetrischen politischen Reaktionen verstärkt, wobei die »Kernländer« Europas aktiver bei der Aufrechterhaltung und Neuausrichtung ihrer Produktionssysteme sind.

Für eine fortschrittliche Industriepolitik – Vorschläge des EuroMemorandums

Polarisierung, der grüne Übergang, die Bedeutung von Gesundheitssystemen und die Rolle der Rüstungsindustrie sind Schlüsselbereiche, die bei den aktuellen politischen Antworten und bei der Entwicklung alternativer Vorschläge berücksichtigt werden müssen.

Polarisierung. Seit der Krise 2008 hat sich die Divergenz der Wirtschaftsräume in Europa vergrößert; Deutschland und die Volkswirtschaften Osteuropas erholten sich schnell von der Rezession, während Südeuropa und Frank-

⁴⁶ uk.reuters.com/article/us-easturope-economy-automotive-analysis-idUKKCN24VoQT

reich zurückfielen. Die produktive Struktur des Kontinents hat sich zwischen einem »Zentrum« – Deutschland und die Volkswirtschaften, die sich um sein industrielles System gruppieren – und einer »Peripherie« polarisiert, zu der einerseits Italien, Spanien, Griechenland und Portugal gehören, die alle schwerwiegende Produktionsverluste erlitten, und auf der anderen Seite östliche Länder, die ihre Zulieferfähigkeit für die deutsche Wirtschaft ausweiten. Ein mögliches Ergebnis der Pandemie ist eine stärkere Konzentration in wichtigen Industrien und größere Ungleichheiten zwischen europäischen Ländern und Regionen, was den oben genannten Trend beschleunigen würde. Europas Produktionssysteme sollten einen anderen Weg einschlagen; politische Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemiekrise sollten eine europaweite Industriepolitik beinhalten, die einen neuen Prozess der Konvergenz zwischen Ländern und Regionen in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten und Einkommen unterstützt.

Der European Green Deal. In den Kapiteln 2 und 3 wurden bereits der Inhalt und die Unzulänglichkeiten des European Green Deals dokumentiert. Ein zusätzlicher Punkt, auf den hinzuweisen ist, ist dessen mangelnde Berücksichtigung der Notwendigkeit eines breiteren Wandels der Produktionssysteme in Europa sowie der laufenden Industriepolitiken. Auf der einen Seite zeigt der Green Deal ein anhaltendes Vertrauen auf Marktlösungen für Umweltprobleme. Andererseits sollen gerade einmal 3% aller von den europäischen Regierungen zur Verfügung gestellten Mittel zur Pandemiebekämpfung auf die Erfordernisse des grünen Wandels ausgerichtet sein. Es sollte eine viel engere Integration zwischen makroökonomischen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Investitionen, industriepolitischen Maßnahmen und der Green-Deal-Agenda angestrebt werden.

Gesundheit und Wohlfahrt. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig in Europa gut entwickelte öffentliche Gesundheitssysteme sind, die auf einer Auffassung von Gesundheit als einem individuellen und sozialen Recht beruhen, das durch den Zugang zu universellen öffentlichen Diensten geschützt wird. Die negativen Auswirkungen einer Politik, die die öffentlichen Gesundheitssysteme geschwächt und die Privatisierung begünstigt hat, sind während der Pandemie deutlich geworden, was zu einer unkontrollierten Ausbreitung von Infektionskrankheiten, zu schwachen Möglichkeiten der Prävention und der Ermittlung von Kontakten, zur Unfähigkeit, eine angemessene häusliche und stationäre Versorgung zu gewährleisten, und zu einer höheren Zahl von Todesfällen geführt hat. Ein stärkeres und angemesseneres öffentliches Gesundheitssystem sollte zu einer Priorität der europäischen und nationalen Industriepolitik werden, wobei die gesamte Produktionskette des Gesundheitssystems, von der Forschung über die Herstellung von Medika-

menten und Medizinprodukten bis hin zur Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen, berücksichtigt werden sollte. Das Ziel sollte der Ausbau eines breiten Spektrums damit verbundener Aktivitäten sein – Prävention, Behandlung, territoriale Strukturen, Krankenhäuser, elektromedizinische Geräte, Pharmazeutika, biomedizinische Forschung, diagnostische und chirurgische Robotik, Digitalisierung von Gesundheitsdaten in einem öffentlichen System, usw. Viele europäische Länder haben bereits wichtige Stärken in diesen Bereichen. Aufbauend auf solchen Kompetenzen könnte das Gesundheitssystem zu einem wichtigen Expansionsgebiet für wirtschaftliche und soziale Aktivitäten werden, die von der öffentlichen Nachfrage angetrieben werden und darauf abzielen, die Qualität der allgemeinen öffentlichen Gesundheit zu erweitern und die derzeitigen Ungleichheiten bei Gesundheit und Lebenserwartung zu verringern. Eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in den Gesundheitssektoren würde nicht nur die Kosten für die einzelnen Länder senken (z. B. durch die Stärkung der Verhandlungsmacht kleinerer Volkswirtschaften, durch Größenvorteile in Produktion und Vertrieb), sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Solidarität in der EU leisten. Schließlich muss die Verbindung zwischen der Finanzwirtschaft und der Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen hinterfragt und Privatisierungen, wo nötig, rückgängig gemacht werden.

Ein militärisch-industrielles Europa? In den letzten Jahren ist die militärische Dimension der europäischen Politik in gefährlicher Weise gewachsen. Im Jahr 2019 sind im Haushalt der EU erstmals Ausgaben für militärische Forschung und Produktion enthalten. Das Europäische Verteidigungsforschungsprogramm erhält 500 Millionen Euro pro Jahr für die Waffenforschung; das Europäische Programm für die Entwicklung der Verteidigungsindustrie erhält eine Milliarde Euro pro Jahr für technologische Projekte im Zusammenhang mit der Rüstungsbeschaffung, während von den Mitgliedsstaaten erwartet wird, dass sie zusätzliche Mittel für solche Initiativen bereitstellen. Dies ist zwar ein bescheidener Betrag im Vergleich zu den Militärbudgets der großen Länder (etwa 50 Milliarden Euro in Frankreich und Deutschland), aber der Fokus auf Forschung und Innovation kann erhebliche Auswirkungen auf die Militärtechnologien haben und wird wahrscheinlich knappe finanzielle Ressourcen von den Bedürfnissen der europäischen Volkswirtschaften zur Innovation für inklusives Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit abziehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland ist spätestens seit dem Amtsantritt von Emmanuel Macron zentral für den Anstieg der europäischen Militärproduktion. Im Jahr 2017 wurden acht deutsch-französische Projekte gestartet, von Panzern bis hin zu einem neuen Kampfflugzeug, mit gemeinsamen F&E-, Produktions- und Beschaffungsplänen. Aber

Meinungsverschiedenheiten über die Kontrolle der zu entwickelnden Technologien und institutionelle Unterschiede haben die Projekte verlangsamt.⁴⁷

Die militärische Forschung und Entwicklung sowie die Rüstungsproduktion im Zuge der Pandemie als Priorität zu betrachten, wäre ein großer Fehler für Europa. Es würde Europa näher an das US-Modell des militärisch-industriellen Komplexes heranführen, ein höchst unpassendes und ineffektives Modell für Europa. Tatsächlich hatte sich diese politische Alternative bereits in den späten 1980er Jahren angeboten, zur Zeit des Neuen Kalten Krieges und des US-amerikanischen »Star Wars«-Programms, das als Zeichen der US-amerikanischen Überlegenheit im Bereich der Hochtechnologie angekündigt wurde. Europa reagierte mit den zivilen Programmen *Eureka* und *Esprit*, die die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Regierungen in ausgewählten Bereichen der zivilen Hochtechnologie stärkten und die Grundlage der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik bildeten, von den Rahmenprogrammen bis zu Horizon Europe.

Das europäische Modell verändern. Können die europäischen Regierungen einen neuen ehrgeizigen Aktionsplan in der Industriepolitik entwickeln? Wir sind skeptisch, was diese Möglichkeit angeht, aber wir sollten auf die Geschwindigkeit hinweisen, mit der sich neue Maßnahmen in der Industriepolitik in Europa herausgebildet haben. Das EuroMemorandum von 2014⁴⁸ schlug eine europäische Industriepolitik vor und argumentierte: »Zu den spezifischen Aktivitäten, die gefördert werden könnten, gehören: (a) der Schutz der Umwelt und die Förderung erneuerbarer Energien; (b) die Produktion und Verbreitung von Wissen, Anwendungen von IKT und webbasierte Aktivitäten; (c) Gesundheits-, Wohlfahrts- und Pflegeaktivitäten; (d) die Unterstützung von Initiativen für sozial und ökologisch nachhaltige Lösungen für Lebensmittel-, Mobilitäts-, Bau-, Energie-, Wasser- und Abfallprobleme.« (S. 45)

Die EU-Politik hat nun buchstäblich genau diese Aktivitäten als Prioritäten für den Green Deal und den Wiederaufbauplan *Next Generation EU* aufgegriffen. Große Mittel für öffentliche Investitionen werden von der Europäischen Investitionsbank (EIB) mobilisiert, aufbauend auf dem »Juncker-Plan« und dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen, der in den Jahren bis 2020 Projekte in Höhe von 500 Mrd. Euro unterstützt. Das Verbot von staatlichen Beihilfen wurde vorübergehend aufgehoben. Die Chance für eine europäische Industriepolitik zeichnet sich in der Tat ab und muss zu ei-

⁴⁷ Siehe eu2019.fi/en/backgrounders/security-and-defence-mff. and www.lemonde.fr/idees/article/2020/11/17/la-crise-dans-la-cooperation-industrielle-franco-allemande-pourrait-devenir-une-crise-de-l-integration-europeenne_6060006_3232.html

⁴⁸ www.euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum_2014/index.html

nem zentralen Schauplatz der politischen Debatte auf europäischer und nationaler Ebene werden.

Die Industriepolitik, die wir brauchen, sollte eine breite Vision eines alternativen Entwicklungspfads für Europa haben, mit den Zielen, Konvergenz zwischen den Ländern und Regionen zu gewährleisten, den Anstieg der Militärproduktion zu vermeiden, den Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften mehr Schutz und Mitspracherecht zu gewähren, sich auf den grünen Übergang zu konzentrieren und die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen, insbesondere in Bezug auf die Gesundheit. Zu den Instrumenten, die – von nationalen Regierungen und europäischen Institutionen – eingesetzt werden können, gehören direkte Maßnahmen wie öffentliche Investitionen, öffentliche Beteiligungen an Unternehmen mit dem Ziel, bestehende Aktivitäten zu schützen und neue Fähigkeiten in vorrangigen Bereichen zu schaffen, sowie der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Die Berücksichtigung der Investitions- und Produktionsentscheidungen von Unternehmen ist ebenso wichtig. Auf der »Angebotsseite« kann die Industriepolitik Anreize, eine günstige steuerliche Behandlung und staatlich garantierte Kredite für private Unternehmen anbieten, die sich zu langfristigen Innovationen und Investitionen in den oben beschriebenen Schwerpunktbereichen verpflichten. Auf der »Nachfrageseite« könnte die öffentliche Beschaffung neuer Güter und Dienstleistungen neue Märkte für Unternehmen schaffen, die in diesen Bereichen tätig sind. Eine solche Industriepolitik könnte die neuen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die in Europa mit Verspätung entstanden sind, wirksam integrieren und sicherstellen, dass die neuen Mittel tatsächlich für einen nachhaltigen und gerechten Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaften nach der Pandemie verwendet werden.

5. Die internationale Dimension der sozio-ökologischen Transformation

Von den sechs Leitzielen, welche die derzeitige Präsidentin der Europäischen Kommission (EK) zu Beginn ihrer Amtszeit vorgestellt hat, sind die folgenden drei von besonderem Interesse: ein »European Green Deal (EGD)«, »Schutz unserer europäischen Lebensweise« und »Ein stärkeres Europa in der Welt«. ⁴⁹ Der EGD zielt darauf ab, sich mit der globalen Erwärmung und

⁴⁹ von der Leyen, U. (2019): A Union that strives for more. My agenda for Europe, Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission, ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf

dem Verlust der Artenvielfalt zu befassen, geht aber nicht die eigentlichen Ursachen an. Von der Leyens Prioritäten im Kontext »eines stärkeren Europas in der Welt« werden formuliert erstens als »freier und fairer Handel«, »eine aktivere Rolle«, welche eine »europäische Führungsrolle« beansprucht (während sie »Hand in Hand mit unseren Nachbarn«, Afrika, Großbritannien und dem westlichen Balkan, zusammenarbeitet); sowie als zweitens »Verteidigung Europas«, die sich auf die NATO als »Eckpfeiler der kollektiven Verteidigung Europas« konzentriert, und auf die Europäische Verteidigungsunion, die »einen integrierten und umfassenden Ansatz für unsere Sicherheit« postuliert. Diese Ambitionen zielen darauf ab, die bestehenden globalen und gesellschaftlichen Hierarchien fortzusetzen⁵⁰ um das bestehende Ungleichgewicht beim Zugang zu und der Nutzung von globalen Ressourcen aufrechtzuerhalten. Von der Leyen erklärte: »Meine Kommission wird eine geopolitische Kommission sein, die sich für eine nachhaltige Politik einsetzt.«⁵¹

Dementsprechend geht es in der offiziellen Diskussion innerhalb der EU darum, wie die UN-Klimaabkommen von 2015 (The Paris Agreement) sowie die Ziele der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030 (SDGs) genutzt und mit den eigenen Prioritäten der EU kombiniert werden können. Diese Abkommen beinhalten einige positive Handlungsmöglichkeiten, um einen ökologischen Kollaps und eine sich global ausweitende soziale Kluft zu vermeiden. Das Pariser Abkommen enthält jedoch keinen effektiven Mechanismus zur Erreichung seiner Ziele; und die Mainstream-Interpretation der SDGs neigt dazu, dem Wirtschaftswachstum Vorrang vor Nachhaltigkeitsfragen einzuräumen, stellt die gegenwärtigen Entwicklungsmuster nicht wesentlich infrage und marginalisiert ökologische Grassroots-Bewegungen.⁵²

Die Prioritäten der EK sind in der Debatte über die Autonomie/Souveränität der EU verankert, die sich seit *der Globalen Strategie der EU 2016* entwickelt hat: »Weniger Abhängigkeit, mehr Einfluss. Effektive strategische Autonomie ist das Credo, das uns zusammenbringt, um unser Schick-

⁵⁰ Jäger, J./Schmidt L. (2020): The EU's Green Deal Proposal and Finance in a Global Perspective: Conclusions for Progressive Policies, www2.euromemorandum.eu/uploads/critical_international_political_economy_and_global_natural_resources_jaeger_schmidt_final.pdf

⁵¹ European Commission (2019): The von der Leyen Commission: for a Union that strives for more, ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_19_5542

⁵² Eisenmenger, N./Pichler, M./Krenmayr, N./Noll, D./Plank, B./Schalmann, E./Wandl, M-Th./Gingrich, S. (2020): The Sustainable Development Goals prioritize economic growth over sustainable resource use: a critical reflection on the SDGs from a socio-ecological perspective. In: *Sustainability Science* 2020 (15), S. 1101-1110.

sal zu bestimmen und einen positiven Einfluss auf die Welt zu haben«, wie EU-Ratspräsident Michel erklärte⁵³ – obwohl er wenig dafür tut.

EU-Ressourcenpolitik

Neben den Deklarationen zur *ökologischen Ausrichtung* der Wirtschaft hat sich der Kampf um strategische Ressourcen verschärft. Im September 2020 hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen CRM, eine aktualisierte Liste von kritischen Rohstoffen und eine Foresight-Studie zu zu kritischen Rohstoffen *für strategische Technologien und Sektoren aus den Perspektiven 2030 und 2050 vorgelegt*.⁵⁴

Die neue CRM-Liste enthält 30 Elemente, darunter zum ersten Mal Lithium. Der Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau warnt, dass Europa bei den derzeitigen Trends bis 2030 18-mal mehr Lithium und bis 2050 60-mal mehr Lithium benötigen wird, allein für E-Auto-Batterien und Energiespeicher.⁵⁵ Da die Lithium-Gewinnung viel Wasser benötigt, ist dies ein Problem, denn mehr als die Hälfte der weltweiten Lithium-Ressourcen liegt in der Andenregion, wo indigene Bauern und Viehzüchter:innen mit den Bergbauunternehmen um Wasser konkurrieren müssen, in einer der trockensten Regionen der Welt. Stattdessen sollte ein alternativer »Sustainable Europe Investment Plan« (SEIP) dazu beitragen, diese Abhängigkeit vom CRM zu minimieren und solche zerstörerischen Prozesse zu verhindern. Dies wäre auch ein Ansatz zur Vermeidung und Entschärfung von globalen Konflikten, da sich die EU derzeit vor allem in Afrika in einen geopolitischen Wettbewerb mit China begibt.⁵⁶

Eine verantwortungsvolle Ressourcenpolitik muss sich auf die drastische absolute Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger um mindestens die Hälfte konzentrieren (die bis 2040 endgültig auslaufen muss), aber auch auf den Verbrauch von metallischen und mineralischen Rohstoffen. Die konsequente Umsetzung von Menschenrechten und verbindlichen ökologischen Sorgfaltspflichten durch Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungsketten muss sichergestellt werden. Dies würde zum Beispiel den Verzicht auf den Tiefsee- und Kontinentalschelfbergbau, die Ausweitung der CRM-Regulierung über den bisherigen engen Rahmen hinaus und die Vereinbarung einer

⁵³ www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/09/28/1-autonomie-strategie-europeenne-est-l-objectif-de-notre-generation-discours-du-president-charles-michel-au-groupe-de-reflexion-bruegel/

⁵⁴ ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1542

⁵⁵ Ibid.

⁵⁶ www.euractiv.com/section/africa/news/borrell-eu-must-improve-its-offer-to-africa-to-remain-its-first-partner/

global gerechten Handelspolitik implizieren⁵⁷ sowie Schritte zum Austritt aus dem Energiecharta-Vertragsprozess erfordern.

EU-Handelspolitik

Frühere EuroMemoranden haben dieses Thema bereits ausführlich behandelt. Dementsprechend nur einige wenige Anmerkungen. Das gegenwärtige System des Freihandels, das auch Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte (IPR) einschließt, tendiert dazu, die globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu vergrößern. Daher muss die Umsetzung bzw. Ratifizierung der Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) und zwischen der EU und dem MERCOSUR (unabhängig von den neuen Zusatzprotokollen) als weitere Ausweitung der bilateralen »tiefgreifenden und umfassenden« Handelsagenda der EU verhindert bzw. auf faire und nachhaltige Handelsabkommen umorientiert werden.

Die Versorgungssicherheit mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Lebens muss auch in Krisenzeiten wie Covid-19 gewährleistet sein. Dazu gehört die Deckung der Grundbedürfnisse in Bereichen wie Ernährung, Wohnen, Kleidung, aber auch öffentliche Dienstleistungen (Wasser, Energie, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Bildung, Schutz vor Gewalt). Die EU sollte in internationalen Vereinbarungen sicherstellen, dass ihre politische Autonomie in Sachen Nachhaltigkeit und die anderer Länder gewährleistet ist.⁵⁸ In diesem Zusammenhang könnten ein Kohlenstoffgrenzausgleich und ein gleichwertiger Mechanismus zum Schutz der Biodiversität (einschließlich Steuern) schrittweise eingesetzt werden.

Die EU könnte ein wichtiger Faktor bei der Umgestaltung des internationalen Handels mit Waren, Dienstleistungen und Daten sein, um einen Übergang zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmuster zu ermöglichen. Als allererster Schritt sollte die EU dafür sorgen, dass gefährliche Chemikalien – wie bestimmte Pestizide –, die in der EU nicht zugelassen sind, nicht mehr für den Export produziert werden.

Mehr globale Aktivitäten für Nachhaltigkeit

Die aktuelle Liste von SDG-Indikatoren der EU ignoriert einige zentrale Herausforderungen der Nachhaltigkeit. Keiner der Indikatoren berücksichtigt die Nachhaltigkeit der globalen Lieferketten der EU, die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten oder negative Umweltauswirkungen. Die

⁵⁷ power-shift.de/wp-content/uploads/2020/11/AK-Rohstoffe_Forderungen-fuer-eine-Rohstoffwende.pdf

⁵⁸ Jäger, J./Schmidt L. (2020): for details see above.

SDG-Monitoring-Instrumente der EU erfassen nicht den gesamten Materialeinsatz in den EU-Lieferketten. Die Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen geht weiter und bleibt völlig unberücksichtigt. Die Indikatoren ignorieren auch die negativen Auswirkungen auf die globalen Gemeingüter und die negativen Spill-over-Effekte und Externalitäten der EU-Politik und -Praktiken in der Welt.

Infolgedessen könnten die THG-Emissionen innerhalb der EU drastisch reduziert werden, während – aus globaler Sicht – die von der EU verursachten THG-Emissionen zunehmen könnten, ohne dass das bestehende Monitoringsystem davon Notiz nimmt.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur einen angemessenen Weg zur Umsetzung der SDGs (und darüber hinaus) zu finden, sondern auch ein aussagekräftiges Monitoringsystem einzurichten, das den globalen Fußabdruck der europäischen Produktion und des Konsums erfasst. Als erster Schritt ist es wichtig, echte nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt des Zyklus des Europäischen Semesters zu stellen, kombiniert mit einigen Leitindikatoren, die die wichtigsten Nachhaltigkeits Herausforderungen der EU adressieren, sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Umweltbewegungen und der Gewerkschaften an diesem Prozess sicherzustellen.

Darüber sollte die EU die folgenden spezifischen Maßnahmen dringend ergreifen:

- Die Umsetzung der SDGs und des Pariser Abkommens sollte zu den Mindestanforderungen für die EU-Politikentwicklung und -umsetzung gemacht werden.
- Die sozialen Sicherungssysteme sollten gestärkt und gleichzeitig für alle zugänglich gemacht werden.
- Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach Covid-19 sollte an klare Bedingungen gebunden werden und für die Umwelt verschmutzende Unternehmen sowie für Unternehmen, die Steueroasen nutzen, sollte es keine Rettungsaktionen geben.
- Sofortiger Schuldenerlass und Ende der Austeritätspolitik im globalen Süden, vor allem in wirtschaftlich schwachen Ländern.
- Umsetzung globaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Ressourcenkonflikten.⁵⁹

⁵⁹ www.sdwatcheurope.org/wp-content/uploads/2020/10/Time-to-reach-for-the-moon-web.pdf

- Umsetzung des vereinbarten Ziels für die öffentliche Entwicklungshilfe (0,7% des EU-BNE).⁶⁰
- Die Sichtbarkeit der EU Politiken erhöhen – durch regelmäßige und unabhängige Bewertungen der Auswirkungen der eigenen Politik der EU und der ihrer Mitgliedsstaaten – im Hinblick auf die Eindämmung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt, die Überwindung von Armut, sozialer Ausgrenzung und gewaltsamen Konflikten sowie im Hinblick auf die Aufgabe, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, in der die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer globalen Perspektive der Nachhaltigkeit in Würde leben können.

Transnationale Konzerne (TNCs) und EU-Wirtschaftsregulierung

Es gibt viele Fälle von Menschenrechtsverletzungen und ökologischen »Verbrechen«, für die europäische TNCs verantwortlich sind. Sie sind systemisch und werden von den Regierungen der Gastländer weitgehend geduldet, da diese an der »Einwerbung von Investitionen« interessiert sind und unter Druck gesetzt werden, die Bestimmungen der bilateralen Investitionsverträge einzuhalten. Die USA, Kanada, die EU (und die meisten ihrer Mitgliedsstaaten) sind gegen jedes rechtsverbindliche internationale Instrument zur Regulierung von TNCs (wie vom UN-Menschenrechtsrat vorgeschlagen).⁶¹ Die EK arbeitet auch an neuen Wettbewerbsregeln, die die Möglichkeiten für TNCs mit Sitz in der EU verbessern sollen. Ohne Bezug auf den 2014 gestarteten UN-Prozess kündigte der EU-Justizkommissar im April 2020 Pläne für eine Gesetzesinitiative im ersten Quartal 2021 an, mit der EU-weit verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen eingeführt werden sollen, um die Menschenrechte zu achten und Umweltschäden in ihren globalen Lieferketten zu verhindern. Um »klare, robuste und durchsetzbare sektorübergreifende Anforderungen an Unternehmen, einschließlich Finanzinstitutionen« zu etablieren, die dem Prozess des verbindlichen UN-Vertrags entsprechen,⁶² ist eine Koalition aus sehr unterschiedlichen demokratischen Akteuren/Agenturen

⁶⁰ Die kollektive ODA der EU machte offiziell 0,46% des BNE aus, wenn sie auch auf umstrittene Art und Weise gemessen wird, vgl. www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/06/08/council-approves-eu-development-aid-targets-for-2020-in-a-report-to-the-european-council/

⁶¹ ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/RES/26/9

⁶² www.amnesty.org/en/documents/ior60/2959/2020/en/#:~:text=and%20Human%20Rights-,An%20EU%20mandatory%20due%20diligence%20legislation%20to%20promote%20businesses%27%20respect,human%20rights%20and%20the%20environment&text=New%20legislation%20is%20urgently%20needed,to%20carry%20out%20due%20diligence

erforderlich.⁶³ Die entscheidende Herausforderung wird sein, den Vorrang von Menschenrechtsnormen gegenüber Handels- und Investitionsverträgen zu bekräftigen, ISDS-Klauseln abzulehnen und direkte rechtliche Verpflichtungen für Unternehmen zu etablieren.

Dementsprechend sollten die Elemente für eine verbindliche Sorgfaltpflichtgesetzgebung der EU zur Förderung der Achtung von Menschenrechten und der Umwelt Folgendes umfassen:

- Die gesamte neue EU-Gesetzgebung sollte eine »Kontrolle unlauterer Handelspraktiken« für die weltweiten Vertragsbeziehungen innerhalb der Wertschöpfungsketten beinhalten, ähnlich der »Richtlinie über unlautere Handelspraktiken« von 2019 in den landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten der EU.
- Klar formulierte Verpflichtungen für Unternehmen, welche die vollständige Besteuerung, die Beachtung von Menschenrechten und von Umweltauflagen in allen Unternehmensprozessen verankern.
- Die Mitgliedstaaten müssen für eine konsequente Durchsetzung der für Unternehmen geltenden Verpflichtungen sorgen und gleichzeitig das Recht auf wirksame Rechtsmittel für alle betroffenen Parteien gewährleisten.
- Die Verwaltungsbehörden müssen diese Bestimmungen direkt anwenden, unabhängig von dem sonst für die Konfliktlösung geltenden Recht, wie in Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Rom II) ausgeführt.⁶⁴
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen am Prozess zur Erarbeitung eines verpflichtenden UN Vertrags zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen (UN-Binding Treaty Process) teilnehmen.
- Herstellung von Transparenz, insbesondere hinsichtlich von Eigentums- und Beherrschungsverhältnissen; volle Unternehmenshaftung, einschließlich der Verantwortung für kriminelle Handlungen; Haftung der Aktionäre für ihre eigenen Entscheidungen – umzusetzen durch angemessene Mechanismen, einschließlich Klagerechte für zivilgesellschaftliche Organisationen.

»Verteidigung und Sicherheit«

Seit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht hat sich die Intensität der militärischen Dimension innerhalb der EU erhöht. Die Aktivitäten der EU in den Bereichen Industrie-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungs-

⁶³ Wie z.B. politische Parteien, Gewerkschaften und Bürgerbewegungen wie die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons.

⁶⁴ Ibid.

politik haben nicht nur zugenommen, sondern sind zunehmend miteinander verknüpft und komplexer geworden, während sie mehr und mehr als gemeinsame und gemeinschaftliche Aufgaben definiert werden. Mit der Schaffung der GD DEFIS, die für die EU-Politik im Bereich der Verteidigungsindustrie und der Raumfahrt zuständig ist, soll die Rolle der Gemeinschaftsebene in Verteidigungsfragen gestärkt werden. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und die geplante Verteidigungsunion sollen die militärische Basis für eine stärkere internationale Rolle der EU schaffen.

Heute wird fast alles als sicherheitspolitische Herausforderung betrachtet – der Brexit, die mögliche Rückkehr einer US-Regierung, die sich prinzipiell nicht an eine multilaterale Ordnung gebunden fühlt, der Klimawandel, die Migration, Pandemien und verschiedene Bedrohungen für die innere Sicherheit der EU (wie organisierte Kriminalität, illegale Migration, Terrorismus und politische Radikalisierung oder Verbrechen im digitalen Kontext). Es ist zu befürchten, dass die Pro-NATO-Haltung der Biden-Administration die Auseinandersetzungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten beschwichtigen und die EU-Mitgliedsstaaten davon überzeugen wird, ihre Militärausgaben zu erhöhen.

Anstatt eine eindimensionale Sichtweise der EU-Sicherheit zu fördern, indem auf eine weitere Erhöhung der Militärausgaben gedrängt wird, ist es wichtig, sich der mehrdimensionalen Natur der EU-Sicherheitsbelange bewusst zu werden, wie zuletzt die Covid-19-Pandemie gezeigt hat, sowie der Bedrohungen für die kollektive Sicherheit, die von den verstärkten geopolitischen Rivalitäten ausgehen. Daher sind die folgenden Maßnahmen dringend erforderlich:

- Die Stärkung der öffentlichen Gesundheitspolitik auf globaler Ebene, insbesondere die Stärkung der Weltgesundheitsorganisation WHO und ähnlicher Programme, unter Verwendung der Gelder, die derzeit im EU-Haushalt für die Verteidigungspolitik bereitgestellt werden.
- Die Streichung der Militärausgaben aus dem langfristigen EU-Haushalt 2021-2027.
- Ein klarer Ausschluss von Ausgaben für militärische Zwecke aus allen Wiederaufbauprogrammen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.
- Unterstützung bestehender Initiativen für ein internationales Moratorium für die Modernisierung von Streitkräften und für die Verbreitung von Atomwaffen.⁶⁵

⁶⁵ Dellheim, J./Wolf, F.O. (2020): For a transformative dealing with »security threats«, www2.euromemorandum.eu/uploads/dellheim_wolf_alternative_european_economic_policy_industrial_policy_and_socio_ecological_reconversion.pdf

- Wiederaufnahme des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses, insbesondere in Bezug auf Nuklearwaffen (und neue Waffentypen wie Drohnen und autonome Waffen), und Verhinderung eines Wettrüstens im Welt- raum.
- Ein Dialog mit Russland über verschiedene Aspekte der strategischen Sta- bilität in Europa und hinsichtlich einer Strategie der Konfliktlösung in der europäischen Nachbarschaft.
- Ein Ende der Militarisierung der arktischen Region.
- Ein fortgesetztes Engagement für das JCPOA (Atomabkommen mit dem Iran) und die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran.
- Reduzierung der Militärbudgets der EU-Mitgliedstaaten, um Ressourcen für soziale und wirtschaftliche Entwicklung, zivile Konfliktprävention und -lösung freizusetzen.
- Einhaltung der nationalen, gemeinschaftlichen und internationalen Be- schränkungen für Waffenexporte.
- Sofortige Einstellung aller Exporte von Waffen und militärischer Ausrüs- tung in Konfliktgebiete⁶⁶
- Auflösung aller militärischen europäischen Einsatzkräfte.

Um eine sozial-ökologische Transformation auf internationaler/globaler Ebene voranzutreiben, wird es entscheidend sein, dass die EU dringende Maßnahmen wie die hier skizzierten ergreift und damit einen Prozess der Transformation der Europäischen Union in eine umfassende Union von Ge- sellschaften in Gang setzt, in der alle Menschen selbstbestimmt leben können – sozial gleichberechtigt, in Würde, in Solidarität und in einer gesunden natürlichen Umwelt. Auf dem Weg zu einer solchen Alternative werden sich alle noch sehr schwachen und zersplitterten solidarischen und ökologischen Kräfte die Ambivalenzen und Widersprüche der realen Prozesse in der EU und ihren Mitgliedsstaaten zunutze machen müssen. UN-Dokumente und -Initiativen müssen kritisch aufgegriffen werden, während die EU-Einrich- tungen unter Druck gesetzt werden müssen, ihre substanziellen, aber vagen Versprechen zu erfüllen. Forderungen, Ideen und Programme zur Entwick- lung und Umsetzung einer solidarischen globalen Gesundheitspolitik, die von der EU gefördert und unterstützt werden sollen, könnten helfen, eine unmit- telbare und konstruktive Dynamik zu schaffen, insbesondere in der heraus- fordernden Situation der Covid-19-Pandemie.

⁶⁶ www.tobias-pflueger.de/2019/09/06/gasp-gsvp-helsinki-linke-parlamentarierinnen-fu- er-verhandlungen-abruestung-und-zivile-krisenpraevention-statt-steigende-militaerausgaben/

Liste der Unterzeichner:innen des EuroMemo 2021

(Stand 12. März 2021)

Abels, Joscha Tübingen, Germany
Acocella, Nicola Rome, Italy
Adorno, Emanuela Legnano, Italy
Andersson, Jan Otto Åbo, Finland
Antonioni, Davide Ferrara, Italy
Ash, Michael Amherst, MA, USA
Bach, Erich Bad Nauheim, Germany
Bacio, Mario Milan, Italy
Balaouras, Makis Athens, Greece
Barca, Flavia Rome, Italy
Bartl, Marija Amsterdam, Netherlands
Bartel, Rainer Linz, Austria
Becker, Joachim Vienna, Austria
Becker, Johannes Marburg, Germany
Belingardi, Chiara Italy
Benyik, Matyas Budapest, Hungary
Bieler, Andreas Nottingham,
United Kingdom
Bieling, Hans-Jürgen Tübingen, Germany
Birg, Thomas Sprockhövel, Germany
Bischoff, Joachim Hamburg, Germany
Bontrup, Heinz-J. Gelsenkirchen,
Germany
Bosch, Gerhard Duisburg, Germany
Botti, Fabrizio Rome, Italy
Bottone, Germana Rome, Italy
Bömer, Hermann Dortmund, Germany
Braña, Francisco-Javier Madrid, Spain
Braun, Hugo Düsseldorf, Germany
Braun, Peter Rödinghausen, Germany
Buchegger, Reiner Zwettl/Rodl, Austria
Buchs, Milena Leeds, United Kingdom
Burkert, Sylvia Düsseldorf, Germany
Casu, Alessandra Sassari, Italy
Cima, Laura Trento, Italy
Cimino, Marta Torino, Italy
Cirillo, Valeria Bari, Italy
Clarke, Linda London, United Kingdom
Cobby Avaria, Roy William London,
United Kingdom
Colom, Agustí Barcelona, Germany
Conte, Anna Rome, Italy
Cornelli, Claudio Italy
Corsi, Marcella Rome, Italy
Cortesi, Silvia Italy
Czeskleba-Dupont, Rolf Hvalsø, Denmark
Daremas, George Athens, Greece
Degischer, Peter Vienna, Austria
Deleidi, Matteo Naples, Italy
Dellheim, Judith Berlin, Germany
De Rosa, Michele Aalborg, Denmark
De Rose, Alessandra Rome, Italy
Detje, Richard Ahrensburg, Germany
Devine, Patrick Manchester,
United Kingdom
Devrim, Mecit Nurkalp Brussels, Belgium
D'Ippoliti, Carlo Rome, Italy
Di Sisto, Monica Rome, Italy
Di Stefano, Roberta Rome, Italy
D'Orazio, Annunziata Rome, Italy
Dumreicher, Heidi Vienna, Austria
Dymarski, Wlodzimierz Poznań, Poland
Ebertz, Gunter Berlin, Germany
Eißel, Dieter Gießen, Germany
Elsner, Wolfram Bremen, Germany
Emili, Pietro Brussels, Belgium
Esposito De Vita, Gabriella Naples, Italy
Etxezarreta, Miren Barcelona, Spain
Eustathopoulos, Yannis Athens, Greece
Evans, Trevor Berlin, Germany
Farinelli, Giulia Bologna, Italy
Farkas, Péter Budapest, Hungary
Feigl, Georg Vienna, Austria
Finke, Meinolf Castrop-Rauxel, Germany
Fisch, Marion Hamburg, Germany
Frangakis, Marica Athens, Greece

Fubini, Lia Torino, Italy
Garcia-Arias, Jorge León, Spain
Généreux, Jacques Paris, France
Gentile, Mario Taranto, Italy
Georgantas, Elias Rethymno, Crete, Greece
Giugni, Lilia London, United Kingdom
Glawe, Heiko Berlin, Germany
Grahl, John London, United Kingdom
Guarini, Giulio Viterbo, Italy
Hammer, Andreas Östringen, Germany
Heintze, Cornelia Leipzig, Germany
Helmedag, Fritz Chemnitz, Germany
Hermann, Christoph Berkeley, CA, USA
Herrmann, Peter Changsha, China
Hesse, Horst Germany
Holland, Stuart Coimbra, Portugal
Horn, Laura Roskilde, Denmark
Hunko, Andrej Berlin, Germany
Husár, Jaroslav Bratislava, Slovakia
Husson, Michel Noisy-le-Grand, France
Ilbuga, Tamer Antalya, Turkey
Ioannou, Stefanos Oxford, United Kingdom
Janssen, Joern London, United Kingdom
Jäger, Johannes Vienna, Austria
Jessop, Bob Lancaster, United Kingdom
Jung, Michael Hamburg, Germany
Jürgens, Jürgen Munich, Germany
Kapeller, Jakob Duisburg, Germany
Karagiannis, Nikolaos Winston-Salem, NC, USA
Karamessini, Maria Athens, Greece
Karasavoglou, Anastasios Kavala, Greece
Karfakis, Nikos Sotira, Cyprus
Kazepov, Yuri Vienna, Austria
Keimer-de Fries, Joachim Berlin, Germany
Klei, Manfred Bad Salzuflen, Germany
Kleinknecht, Alfred The Hague, Netherlands
Klimczuk, Andrzej Warsaw, Poland
Koukouma, Aimilia Athens, Greece
Koutsouris, Alex Athens, Greece
Kropp, Manuela Brussels, Belgium
Krumme, Bernd Kassel, Germany
Kuckero, Hajo Bremen, Germany
Kulke, Roland Brussels, Belgium
Kurtzke, Wilfried Frankfurt, Germany
Laukkanen, Erkki Mäntsälä, Finland
Leaman, Jeremy Loughborough, United Kingdom
Lehndorff, Steffen Duisburg, Germany
Leone, Candida Amsterdam, Netherlands
Lieber, Christoph Berlin, Germany
Lopes, Luís Coimbra, Portugal
Lorant, Karoly Hungary
Mair, Martin Vienna, Austria
Marchl, Gerhard Vienna, Austria
Mazier, Jacques Paris, France
Meliciani, Valentina Rome, Italy
Mezzadri, Alessandra London, United Kingdom
Messkoub, Mahmood The Hague, The Netherlands
Michie, Jonathan Oxford, United Kingdom
Mosconi, Giuseppe Padova, Italy
Musacchio, Andrés Bad Boll, Germany
Müller, Bernhard Hamburg, Germany
Naldi, Nerio Rome, Italy
Nechansky, Helmut Vienna, Austria
Nicaise, Idesbald Leuven, Belgium
Nocenzi, Mariella Rome, Italy
Novy, Andreas Vienna, Austria
O'Brien, Ronan Brussels, Belgium
Oehlke, Paul Cologne, Germany
Ongaro, Cinzia Mantova, Italy
Orbie, Jan Ghent, Belgium
Papadopoulou, Elena Athens, Greece
Patomäki, Heikki Helsinki, Finland
Pedersen, Poul Erik Aalborg, Denmark
Perraton, Jonathan Sheffield, United Kingdom
Petit, Pascal Paris, France
Pianta, Mario Florence, Italy
Pirotta, Nicoletta Brunate (CO), Italy
Plank, Leonhard Vienna, Austria
Plaschke, Henrik Aalborg, Denmark
Plihon, Dominique Paris, France
Preiss, Bert Vienna, Austria
Ptak, Ralf Cologne, Germany
Quindós Fernández, Pablo Valladolid, Spain
Radke, Björn Bahrenhof, Germany
Ragozino, Stefania Naples, Italy
Rahmanzadeh, Ahad Bonn, Germany
Raimo, Carla Naples, Italy
Ramazan, Paiman Sulaimanyah, Iraq
 Kurdistan

Rasera, Eliana Italy
Raza, Werner Vienna, Austria
Redor, Dominique Bourg la Reine, France
Reiner, Christian Vienna, Austria
Reinwarth, Stefanie Munich, Germany
Reitzig, Jörg Ludwigshafen, Germany
Ricceri, Mario Rome, Italy
Riemann, Siegfried Bruchkoebel, Germany
Romano, Anna Maria Rome, Italy
Rossi, Sergio Fribourg, Switzerland
Roumpakis, Antonios York, United Kingdom
Ryner, Magnus London, United Kingdom
Saadaoui, Jamel Strasbourg, France
Salama, Pierre Villetaneuse, France
Sander, Bernhard Wuppertal, Germany
Sauer, Thomas Jena, Germany
Savona, Maria Rome, Germany
Sawyer, Malcolm Leeds, United Kingdom
Schmidt, Gudrun Frankfurt, Germany
Schmidt, Ingo Hope, BC, Canada
Schneider, Etienne Vienna, Austria
Schustereder, Herbert Vienna, Austria
Schwan, Michael Cologne, Germany
Scicchitano, Sergio Rome, Italy
Segert, Dieter Vienna, Austria
Sener, Ulas Potsdam, Germany
Setterfield, Mark New York City, NY, USA
Siebecke, Gerd Hamburg, Germany
Sifakis, Catherine Grenoble, France
Sorg, Richard Hamburg, Germany
Spangenberg, Joachim Cologne, Germany
Staritz, Cornelia Vienna, Austria
Stavri, Georgios Nicosia, Cyprus
Steinitz, Klaus Berlin, Germany
Sterdyniak, Henri Paris, France
Tasiran, Ali Cevat Istanbul, Turkey
Toelke, Hannelore Dortmund, Germany
Tomidajewicz, Janusz J. Poznań, Poland
Toporowski, Jan London, United Kingdom
Troost, Axel Leipzig, Germany
Urban, Hans-Jürgen Frankfurt am Main, Germany
van Beek, Herman Delft, Netherlands
van Maasakker, Henry Nijmegen, Netherlands
Veneziani, Roberto London, United Kingdom
Vergés, Joaquim Barcelona, Spain
Veselinovic, Jaša Berlin, Germany
Walther, Rolf Dessau, Germany
Wendl, Michael Kirchanschöring, Germany
Wigger, Angela Nijmegen, Netherlands
Wolf, Frieder Otto Berlin, Germany
Wörsching, Martha Loughborough, United Kingdom
Zacchia, Giulia Rome, Italy
Zampati, Eirini Athens, Greece
Zifou, Maria Volos, Greece
Zinn, Karl Georg Wiesbaden, Germany
Transform! Europe
FISAC CGIL Italy
FISAC Siena, Italy
FISAC Ancona, Italy
FISAC Roma Sud, Italy

Unterstützungserklärungen für das EuroMemo 2021

sind (unter Angabe des vollständigen Namens und der Adresse) weiterhin möglich an: info@euromemo.eu

Informationen über die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe und Hinweise zu den Workshops immer unter www.euromemo.eu

Kontakte für das Steering Committee der EuroMemo Gruppe:

Marija Bartl, Amsterdam (M.Bartl@uva.nl)
Angela Wigger, Nimwegen (a.wigger@fm.ru.nl)
Marcella Corsi, Rom (marcella.corsi@uniroma1.it)
Judith Dellheim, Berlin (dellheim@rosalux.de)
Wlodzimierz Dymarski, Posen (vlodymar633@gmail.com)
Marica Frangakis, Athen (frangaki@otenet.gr)
John Grahl, London (j.grahl@mdx.ac.uk)
Magnus Ryner, London (magnus.ryner@kcl.ac.uk)
Laura Horn, Roskilde (lhorn@ruc.dk)
Maria Karamessini, Athen (mariakarames@gmail.com)
Jeremy Leaman, Loughborough (J.Leaman@lboro.ac.uk)
Mahmood Messkoub, Den Haag (messkoub@iss.nl)
Ronan O'Brien, Brüssel (ronanob@skynet.be)
Heikki Patomäki, Helsinki (heikki.patomaki@helsinki.fi)
Werner Raza, Wien (werner.raza@aon.at)

Bitte um finanzielle Unterstützung

Um die Finanzierung unseres Verwaltungsaufwands sicherzustellen, ist es wichtig, dass die Befürworter*innen der EuroMemo Gruppe einen Beitrag leisten. Wir freuen uns über eine einmalige Geldspende. Wir möchten aber insbesondere Unterstützer*innen im Euroraum auch dazu ermuntern, regelmäßige Beiträge durch einen Dauerauftrag zu leisten.

Spendenkonto: EuroMemo Group | Verwendungszweck: Spende

Bankhaus Schelhammer & Schattera, Goldschmiedgasse 4, A_1010 Wien

IBAN: AT67 1919 0000 0028 2632 | BIC: BKAUATWW

VSA: Europäische Ausblicke



Ulrich Brand **Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie**

Klimastreiks, Krise der imperialen Lebensweise und Alternativen zur autoritären Globalisierung
192 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-027-7

Der Zwang des Kapitalismus zu Wachstum und zur imperialen Lebensweise muss überwunden werden, damit ein auskömmliches Leben für alle möglich wird. Dazu sind Lehren auch aus Niederlagen linker Projekte und konkrete Vorschläge für eine solidarische Lebensweise notwendig.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:



Klaus Busch **Die EU in der Zerreißprobe**

Zwischen rechtspopulistischer Zerstörung und einem European Green Deal
144 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-051-2

Analysiert werden die Herausforderungen, vor denen die im Januar 2020 vereidigte Europäische Kommission steht. Die erste große Aufgabe der EU-Kommission unter Ursula von Leyen besteht darin, die Stagnationskrise zu überwinden, in der sich die EU aufgrund der Re-Nationalisierungstendenzen und des Aufstiegs des Rechtspopulismus befindet. Die zweite Herausforderung liegt in der Entwicklung eines European Green Deal, mit dem die EU weltweiter Vorreiter in der Bekämpfung des Klimawandels zu werden beabsichtigt. Beides kann nur durch eine verstärkte Politik des sozialökonomischen Ausgleichs gelingen.

www.vsa-verlag.de

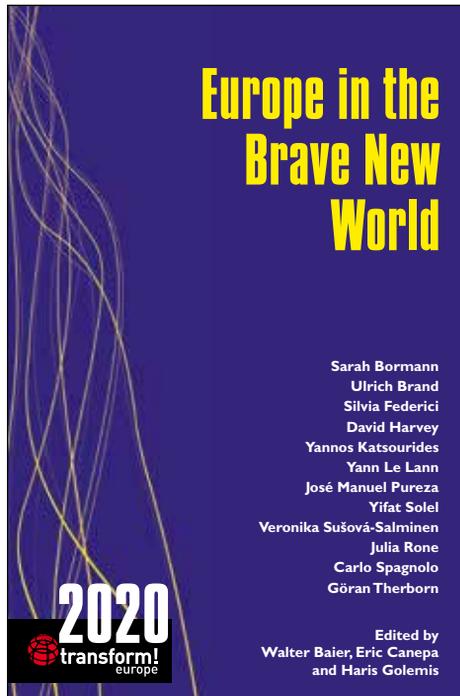


transform!
europe

Yearbook
2020

transform! europe

**Yearbook 2020:
Europe in the
Brave New World**



www.transform-network.net

Das Jahrbuch von transform! europe, herausgegeben von Walter Baier, Eric Canepa und Haris Golemis, erscheint gedruckt seit 2020 nur noch in einer englischsprachigen Ausgabe, die von Merlin Press (www.merlinpress.co.uk) verlegt wird. 372 Seiten; £ 20 ISSN 1865-3480 ISBN 978-0-85036-760-7

transform! 2020 explores the danger posed to democracy and labour by the brave new world of digital capitalism, probes the nature of the struggle for global hegemony between the US and China at a time when the EU, following Brexit, is steadily losing ground on the global scene, and, in light of the new consciousness of the systemic roots of the ecological crisis and the youth mobilisations for massive intervention to contain it, raises the question of what kind of social bloc might be able to confront the elites and drive the necessary social transformation.

transform! 2020 is the sixth of an annual series reporting on and analysing European political and social developments.

transform! europe is a network of 38 organisations from 23 European countries, active in the areas of political education and critical social analysis.

»(D)ie Euromemo-Gruppe (ist) der festen Überzeugung, dass ein umfassendes und radikales Programm der sozial-ökologischen Transformation erforderlich ist, um den notwendigen Übergang in eine nachhaltige Zukunft zu erreichen. In unserem diesjährigen Bericht konzentrieren wir uns auf eine Reihe von Dimensionen, die ... besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Dazu gehört erstens die Notwendigkeit, eine feministische Perspektive einzubringen und die Bedeutung von sozialer Reproduktion und sozialer Fürsorge für jede Form von progressiven Vorschlägen zu betonen.

Zweitens ist vor dem Hintergrund sowohl unserer Umweltverpflichtungen als auch der Erfordernisse von Covid-19 ein umfassendes Programm zum Wiederaufbau unserer produktiven Wirtschaft notwendig.

Drittens: ... Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Rivalitäten, insbesondere zwischen den USA und China, müssen Pläne zum Ausbau der militärischen Kapazitäten der EU und zum Einsatz der Außen- und Sicherheitspolitik sowie ihres handelspolitischen Arsenal zur Förderung eines aggressiveren Ansatzes in internationalen Angelegenheiten energisch infrage gestellt werden. Stattdessen muss die EU ihre Außenpolitik auf die Prinzipien der Friedensschaffung, der Konfliktmediation, der Abrüstung sowie der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität gründen.«



Diese Publikation wird teilweise finanziert aus Mitteln des Europäischen Parlaments.